

## Kriminelle Ausländer raus!



René Kunz,  
Grossrat, SD-  
Kantonalpräsi-  
dent Aargau,  
Reinach

In kaum einem anderen Land Europas leben so viele Ausländer wie in der Schweiz. Der überwiegende Teil davon respektiert unsere Gesetze. Viel zu viele Ausländer missachten jedoch unsere Gastfreundschaft. Sie begehen schwere Straftaten, bedrohen unser Eigentum sowie unsere Gesundheit und unser Leben.

Fakt ist: Rund die Hälfte aller Straftäter in der Schweiz sind Ausländer. Kriminelle Banden, welche von den offenen Grenzen profitieren, gehen in der Schweiz auf Einbruchstour. Viele Kriminelle nutzen den Asylweg um in der Schweiz ihren düsteren Mächenschaften nachzugehen. Daher überrascht es nicht, dass sich der Ausländeranteil bei den Verurteilungen in den letzten 25 Jahren um 65% erhöht hat. Dabei zeigt sich, dass bei schweren Straftaten die Ausländeranteile – hier in Prozentzahlen dargestellt – besonders hoch sind:

### POSTCODE

AZB 3806 Bönigen

- **Tötungsdelikte:** 59%
- **Schwere Körperverletzung:** 54%
- **Einbruchsdiebstahl:** 57%

- **Vergewaltigung:** 62%
- **Menschenhandel:** 91%
- **Freiheitsberaubung/Entführung:** 56%

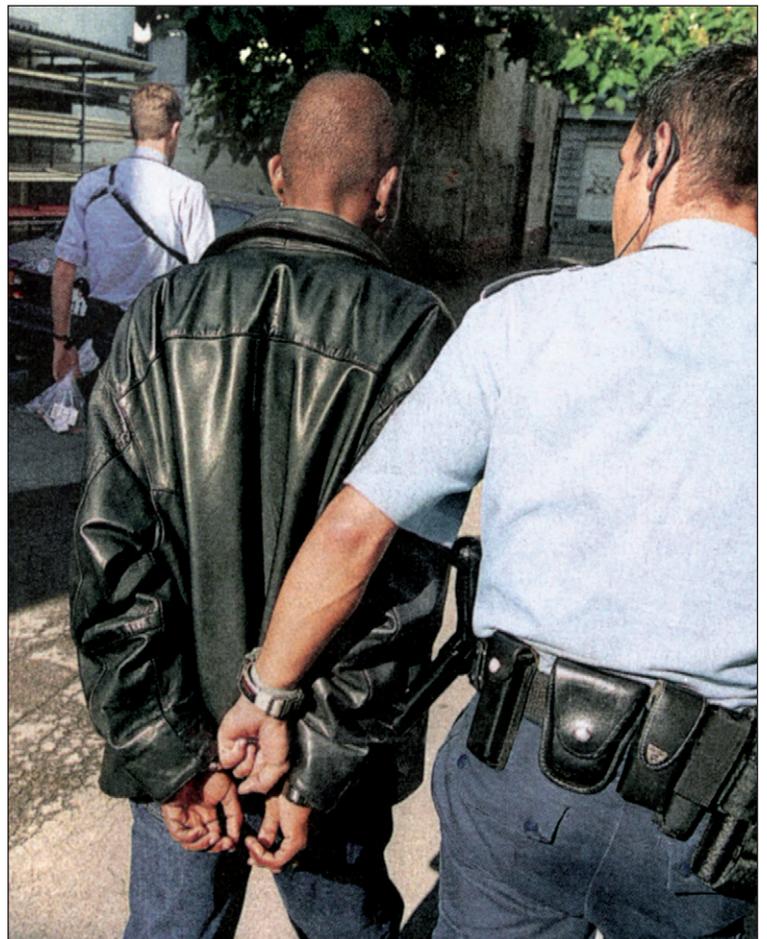
Betrachtet man den Ausländeranteil in den Gefängnissen, verdeutlicht sich diese Problematik noch stärker: **2009 waren 70,2% aller Inhaftierten ausländischer Herkunft.** Unsere Luxusgefängnisse haben schon lange keine abschreckende Wirkung mehr. Auch Sozialmissbrauch muss entschieden bekämpft werden. **Der Ausländeranteil der Sozialleistungsempfänger in der Schweiz ist überdurchschnittlich hoch.** So beziehen die Ausländer, welche einen Bevölkerungsanteil von 21,7% ausmachen, 44,2% der Sozialhilfe und mehr als 34,5% der IV-Renten!

### Konsequent ausschaffen!

Viele Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich nicht mehr sicher im eigenen Land. Aus diesen Gründen hat die SVP die Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer – die Ausschaffungsinitiative – lanciert (SD-Kreise haben bei der Unterschriftensammlung mitgeholfen!), die nun am 28. November zur Abstimmung kommt. Sie verbessert die heutige Rechtslage und schafft Klarheit und mehr Sicherheit:

**Ausländer, die sich nicht an unsere Gesetze halten, die kriminell werden oder missbräuchlich Sozialleistungen beziehen, werden konsequent ausgeschafft und mit einer Einreisesperre von mindestens fünf Jahren belegt.**

Der Grundsatz, dass kriminelle Ausländer aus der Schweiz auszuschaffen sind, wird neu auf Verfassungsstufe festgehalten. Damit bekommt der Ausweisungsgrundsatz eine stärkere Legitimation und ist für alle Kantone gleichermassen verbindlich. Die bisherige «kann»-Regelung (Art. 62, 63, 68 AuG) für



Ausschaffungen wird neu zu zwingendem Recht: **Ein krimineller Ausländer ist ohne Wenn und Aber auszuschaffen.** Die Behörden haben diesbezüglich keinen schwammigen Ermessensspielraum mehr, und die langwierige Ausweisungspraxis wird somit straffer gehandhabt. Die Ausweisung ist nicht mehr nur eine fremdenpolizeiliche Massnahme, sondern steht in direktem Zusammenhang mit der Begehung einer Straftat. Damit erhält die Ausweisung wieder einen ähnlichen Stellenwert wie der frühere strafrechtliche Landesverweis, welcher der Bestrafung des Täters diene.

Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 3 Gratulation, Herr Sarrazin!
- 4 Konsequenter Natur- und Artenschutz...
- 5 Willkommen in Multikultopia: Von Gespenstern und Dreikäsehoch-Kriegern
- 6 Demonstration gegen den geplanten Minarett-Bau!
- 7 Was bedroht uns?
- 8 SD-Marktplatz
- 9 Inflationierung des Geldes
- 10 Aus den Kantonen

**Kriminelle Ausländer ausweisen!***Fortsetzung von Seite 1*

Selbst das Bundesamt für Migration geht davon aus, dass die Ausschaffungsinitiative Wirkung zeigen wird. Im Jahr 2008 konnten mit den heutigen gesetzlichen Grundlagen rund 350 bis 400 straffällige Ausländer ausgeschafft werden (Ausländer mit Niederlassungsbewilligung). Das Bundesamt geht davon aus, dass **mit der Ausschaffungsinitiative fast vier Mal mehr, nämlich 1484 kriminelle Ausländer hätten ausgeschafft werden können**. Die Ausschaffungsinitiative formuliert klare Tatbestände, bei deren Erfüllung das Aufenthaltsrecht und sämtliche Rechtsansprüche auf weiteren Aufenthalt erlöschen. **Die Frage der Ausweisung fällt somit nicht mehr in das Ermessen der Behörden.**

**Initiative schafft Klarheit**

Folgende Delikte werden von der Volksinitiative erfasst und führen zur Ausweisung aus der Schweiz:

- Tötungsdelikte wie vorsätzliche Tötung, Mord oder Totschlag;
- Vergewaltigung oder andere schwere Sexualdelikte, sexuelle Nötigung und Schändung;
- Andere Gewaltdelikte wie Raub, schwere Körperverletzung, Gefährdung des Lebens sowie Freiheitsberaubung, Entführung und Geiselnahme;
- Menschenhandel;
- Drogenhandel;
- Einbruchsdelikte;
- Missbräuchliches Beziehen von Sozialversicherungsleistungen und/oder der Sozialhilfe.

Da durch die Ausschaffungsinitiative die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit angestrebt wird, entspricht dieser Verfassungsgrundsatz auch

Anzeige

**Das Testament****Die letztwillige Verfügung***Liebe Mitglieder, Gömmer und Sympathisanten*

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung? Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

internationalem Recht. Der Grundsatz der Nichtrückweisung (Non-Refoulement) besagt, dass niemand in ein Land ausgeschafft werden darf, in dem er verfolgt wird oder in welchem ihm Folter oder eine andere Art unmenschlicher Behandlung droht (vgl. Art. 25 BV). Allerdings gilt auch dies nicht absolut, wie Art. 33 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge zeigt: Ist der Flüchtling eine Gefahr für den Aufenthaltsstaat, so kann dieser nicht gezwungen werden, dem betreffenden Straftäter weiterhin Aufenthalt zu gewähren.

**Erschreckende Kriminalitätszahlen**

Es ist leider eine Tatsache, dass in unseren schweizerischen Gefängnissen und Haftanstalten über 70 Prozent (im Kanton Aargau über 76 Prozent!) der Insassen Ausländer sind. Wenn jetzt nicht eine härtere Gangart – sprich Ausschaffung von kriminellen Ausländern – vor-

angetrieben wird, werden wir in Kürze im Sicherheitsbereich unlösbare Probleme bekommen.

Kriminelle Ausländer, welche unserer Rechts- und Gesellschaftssystem mit Füßen treten, haben bei uns nichts (mehr) verloren und sind auszuweisen. Unsere Gerichtsbehörden müssen endlich aufwachen und aufhören, bei der Verurteilung von Tätern deren sozialen oder gar Migrations-Hintergrund usw. strafmildernd zu berücksichtigen. Ein grosser Teil der Bevölkerung ist beunruhigt, denn Einbrüche, Diebstähle, Rasertote, Mord, Totschlag, Vergewaltigungen und andere kriminelle Handlungen haben ein erschreckend hohes Ausmass angenommen. Diese Fakten sind real!

Die Gewaltbereitschaft wird sich auch in Zukunft nicht unwesentlich ändern, wenn man einfach darüber hinwegschaut, oder meint – «Mich geht das ja überhaupt

nichts an!». **Gewalt ist kein Kavaliersdelikt!** Die zunehmende Gewaltbereitschaft ist nicht nur im Kanton Aargau – sondern schweizweit – spürbar und darf weder geleugnet noch beschönigt werden. Wie in einem Rausch von Gewalt – schlagen, treten oder misshandeln Gewalttäter skrupellos meist völlig wehrlose Mitmenschen. Die brutale, aggressive und hemmungslose Triebhaftigkeit dieser Delinquenten findet gar ihren Ausdruck – indem sie Menschen – welche ihnen zufällig auf der Strasse begegnen, erbarmungslos zusammenschlagen und misshandeln.

**Damit wir in Zukunft wieder ein bisschen sicherer leben können, empfehle ich den Stimmberechtigten am 28. November 2010 ein Ja zur Ausschaffungsinitiative in die Urne zu legen! Aber Achtung: Stimmen Sie hingegen Nein beim Gegenentwurf, da dies eine unnütze Mogelpackung ist!**

## Internationalste Gemeinde des Aargaus: Spreitenbach

Dies der Titel eines ganzseitigen Textes in der «Aargauer Zeitung» (4. 9. 10, Seite 37). 10 000 Einwohner zählt diese Gemeinde. Über die Hälfte davon sind Ausländer. Darunter sind u.a. folgende Nationalitäten zu finden:

Bosnier	242
Kosovaren	247
Kroaten	283
Mazedonier	488
Serben	240
Serben/Montegriner	1027
Türken	469
	2996

Annehmen kann man, dass dazu noch tausend Doppelbürger aus dem Balkan und der Türkei kommen. Die Überfremdung ist beängstigend.

Und es gibt keinen Schwarzenbach. Ja der Gemeindeammann dieses New-Babylon ist direkt glücklich dabei. Er spricht von «gelebter Demokratie». Total «leben Leute aus 85 Nationen zusammen». Der Gemeindeammann sei stolz darauf...

5286 Schweizern stehen total 5349 Ausländer gegenüber. Deutschland

mit weit tieferen Ausländeranteilen «schaffe sich ab», vernimmt man. Und unser kleines Land?

Eine Vorreiterrolle spielt die SP, auf deren Wahllisten rasch eingebürgerte Ausländer portiert und in unsere Räte gehievt werden. Auch nicht Eingebürgerte sollen – gefordert von Linken und Grünen – das Wahlrecht geschenkt erhalten!

*Robert Berner, Rheinfelden, früheres Mitglied des Zentralvorstands*

**Treppenwitz der Geschichte**

## Rassismus-Inquisitor Frank A. Meyer wegen Rassismus angezeigt!

Ausgerechnet der Ringier-Publizist Frank A. Meyer hat eine Rassismusklage am Hals. Der Islamische Zentralrat Schweiz hat eine Strafanzeige gegen den Ringier-Publizisten Frank A. Meyer eingereicht. Der Vorwurf: Zuwiderhandlung gegen die Rassismus-Strafnorm. Meyer veröffentlichte im «Sonntags-Blick» vom 29. August 2010 eine Kolumne unter dem Titel «Im Namen der Freiheit». Darin verunglimpft dieser nach Ansicht des Islamischen Zentralrates «den Islam und die Muslime einmal mehr massiv», indem er den Islam mit dem Faschismus verglich.

**Wer andern eine Grube gräbt...**

Wir erinnern uns: Anlässlich der Volksabstimmung über die Rassismusstrafnorm 1994 engagierte sich Frank A. Meyer, enger Vertrauter des Verlegerehepaares Michael und Ellen Ringier (letztere gründete die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus und organisierte in den 1990er-Jahren mehrere Rock-Konzerte «gegen rechts»), an vordester Front für den Rassismus-Strafartikel.

Dabei schreckte er auch nicht davon zurück, die Gegner der Rassis-

musstrafnorm mit der Faschismuskeule zu traktieren. Kaum ein Journalist der gleichgeschalteten linksliberalen Schweizer Presse verunglimpft dabei die Gegner der Vorlage mehr – als Ewiggestrige, Rassisten und verkappte Nazis – wie Meyer.

Nicht ohne Schadenfreude sind wir geneigt, dem kosmopolitischen Ringier-Publizisten Meyer zu entgegnen: «Wer anderen eine Grube gräbt, fällt gelegentlich selbst hinein!»

*Bernhard Hess, e. Nationalrat, Chefredaktor SD, Bern*

# Gratulation, Herr Sarrazin!

Bei unseren nördlichen Nachbarn bewegt sich etwas. Das «offizielle» Deutschland regt sich fürchterlich darüber auf, dass ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank die schädlichen Folgen der Masseneinwanderung kritisiert. Doch beim Volk findet Thilo Sarrazin viel Unterstützung. Natürlich äussert er sich, weil er sein Buch auch verkaufen will, bewusst provokativ. Doch im Wesentlichen

## trifft Sarrazin den Nagel auf den Kopf!

Alle Menschen verdienen Achtung und Respekt. Sie sollen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten frei entfalten können. Doch jedes Land braucht auch gescheite Köpfe, welche dieses voranbringen. Eine Bevölkerungs- und Bildungspolitik, die das vergisst, ist verheerend – nicht nur in Deutschland, sondern auch bei uns in der Schweiz. Da wird «Chancengleichheit» gepredigt. In Tat und Wahrheit aber bloss eine Kultur der Schwäche gezüchtet. Aus der absurden Sicht der «political correctness» müssen alle Menschen gleich sein. Also ebnet man, weil nicht aus allen Professoren werden können, einfach alles ein, was begabungsmässig zwei Millimeter über den Durchschnitt hinausreicht. Hemmungslos werden sogar tausendfach erwiesene **Erkenntnisse der Naturwissenschaft bestritten**.



*Unsere Schulen werden immer mehr zu Sammelstellen für Problemkinder – vielfach Jugendliche mit «Migrationshintergrund».*

Genau wie in der Tierwelt werden auch bei Menschen genetisch programmierte Eigenschaften von Generation zu Generation weitergegeben. Niemand zweifelt daran, dass die Veranlagung zu bestimmten körperlichen Merkmalen (z.B. Haut- und Haarfarbe, Körpergrösse, aber auch ein erhöhtes Risiko z.B. für Krebs) erblich sind. **Nur bei der Intelligenz soll das plötzlich anders sein.** Man will die offensichtliche Tatsache nicht akzeptieren, dass gescheite Köpfe mit einer weit überdurchschnittlichen

Wahrscheinlichkeit auch hochintelligente Kinder haben!

## Sind gewisse Völker intelligenter als andere?

Vermutlich nicht – «helle» Köpfe gibt es überall. Sie sind auch unter den Ausländern zu finden, die nach Deutschland oder eben in die Schweiz kommen. Doch die meisten Menschen, die ihre Heimat verlassen, tun dies nicht freiwillig, sondern weil sie zu Hause nicht den gewünschten Erfolg haben. So bleiben meistens die Leistungsträ-

ger zu Hause und die weniger Begabten und weniger Tüchtigen wandern aus. Darum lässt Masseneinwanderung zwangsläufig das durchschnittliche Intelligenz- und Leistungsniveau sinken.

## Gute Bildung senkt die Kinderzahl

Wer begabt ist, viele Jahre studiert und einen hohen Ausbildungsstand erreicht hat, will heutzutage vor allem Karriere machen. So kommt es leider, dass begabte Menschen viel weniger Kinder haben als der Durchschnitt der Bevölkerung. Auch das führt zwangsläufig dazu, dass irgendwann die gescheiten Köpfe fehlen, die jedes Volk braucht, wenn es überleben will. Besser als fünf Bundesrätinnen wären 500 000 blitzgescheite Mütter! Noch dringender wäre jedoch, den

## Gesinnungsterror der «Gutmenschen»

endlich zu stoppen. Kritisiert jemand wie Thilo Sarrazin offensichtlich bestehende Missstände, fällt sofort die ganze «Elite» von Politikern und Medien über ihn her. Der Mann wird verteufelt, um seinen Job gebracht. **Wenn mit der Meinungsfreiheit so umgegangen wird, ist die Demokratie nur noch eine Farce.**

Darum nochmals: Wir können einem Thilo Sarrazin zu seinem Mut nur gratulieren!

## Für Sie gelesen...

### In Deutschland...

wird ein sozialdemokratischer Spitzenmann (Thilo Sarrazin) fix und fertig gemacht, weil er es wagte, ungeliebte Wahrheiten in seinem soeben veröffentlichten Buch ausdrücklich zu erwähnen. Beispiele:

- Die Muslime würden sich zu wenig integrieren.
- Sie sind überdurchschnittlich häufig arbeitslos.
- Sie schröpfen die Sozialinstitutionen des Staates nach Kräften.
- Sie werden überdurchschnittlich häufig kriminell.

Dass er daneben auch Thesen verbreitete, die wissenschaftlich genauer zu definieren, resp. zu hinterfragen wären, wie z.B. die Frage des «Judengens» oder die angebliche Vererbung eines tieferen Intelligenzquotienten der Einwanderer ist sicher ungeschickt, aber keinesfalls falsch oder gar kriminell. Dass sich sogar die Bundeskanzlerin

Angela Merkel als «Racheengel» gegen Sarrazin einschaltete, ist schon fast eine Komödie.

### Und das gedacht...

Deutschland ist offenbar 60 Jahre nach der Entnazifizierung noch immer traumatisiert und nicht fähig, sachliche Diskussionen zu führen in den Bereichen Ausländer-Immigration und Judenfrage. Wir tun gut daran, nach Kräften dafür zu sorgen, dass diese Unterdrückung der freien Meinungsäusserung nicht auch in unserem Lande Raum gewinnt. Beunruhigende Phänomene in dieser Richtung gibt es genug. Zu denken ist an

- den Anti-Rassismus-Artikel in der Bundesverfassung;
- die berüchtigte Kommission von Prof. Georg Kreis;
- den «Club Helvétique» mit so illustren Namen wie Josef Estermann, Hildegard Fässler, Roger de Weck, Georg Kreis, Andreas Gross;

- das Initiativkomitee für das Ausländerstimmrecht in den Gemeinden des Kantons Bern. Seine Zusammensetzung ist Programm. Neben der kommunistischen Jugend ist die CVP des Südjuras vertreten, zusammen mit zahlreichen Linken und ganz Linken. Als Beispiele seien hier erwähnt:
- Ricardo Lumengo, SP-Nationalrat, angeklagt wegen Urkundenfälschung;

- Rolf Zbinden, PdA-Stadtrat von Bern, verurteilt wegen Landfriedensbruch und Anwendung von Gewalt gegen Beamte;
- Hasim Sancar, Grüne, Stadtrat Bern, bekannt als Kämpfer für höhere Steuern und Abgaben, wobei er selbst weder Einkommen noch Vermögen versteuert; usw. usf.

Die Schlussfolgerungen mag sich der geneigte Leser daraus selber ziehen! *Tino Giacomo*

### Buchhinweis

#### Bundesbern verwöhnt Ausländer in der Schweiz und lässt Schweizer im Ausland im Stich

Ein Schweizer gründet in den USA eine Existenz. Plötzlich wird er von Wirtschaftskriminellen und korrupter Polizei bedroht, diffamiert, ausgeplündert und in den Konkurs getrieben. Weder US-Instanzen noch Schweizer Diplomaten gewähren ihm Rechtsschutz. Gesundheitlich angeschlagen und bankrott muss er am Ende das Land verlassen. Diese beedigte, wahre Erzählung pointiert die bizarre Rechtsunsicherheit für Ausländer in Amerika.

Harry Burger, «Im Schatten der US-Mafia» – 164 Seiten, www.bod.de – ISBN 9783833436765



## Konsequenter Natur- und Artenschutz...

Am 24. September 2010 hat der Vorstand der Grünliberalen Kanton Zürich Urs Wagner, Gemeinderatspräsident und Gemeinderat von Opfikon, aus der Partei ausgeschlossen. In seiner 1.-August-Rede hatte Wagner gesagt, die Ansiedlung nichtweisser Menschen in Europa sei abzulehnen. Diese Positionen seien, so der Vorstand, «nicht mit den grundlegenden Wertvorstellungen und Leitlinien der Grünliberalen vereinbar». Indem sie sich damit für Zuwanderung aus aller Herren Länder aussprach, zeigte die Grünliberale Partei (GLP), wie inkonsequent sie in Sachen Natur- und Artenschutz ist. Ein konsequenter Schutzgedanke muss nämlich nicht nur der einheimischen Fauna und Flora, sondern auch den einheimischen Menschen – den Völkern – gelten.

### Genetische Interessen

Was bezweckt Natur- und Artenschutz? Es geht darum, das Weiterbestehen von Biotopen und der darin lebenden Arten zu sichern. Mit «Weiterbestehen» ist die genetische Kontinuität gemeint: Alle Artenschutzprogramme wollen auf Dauer das Erbgut der verschiedenen Arten auf lokaler, regionaler und kontinentaler Ebene sichern. Die Gene sollen ungehindert und unverändert von einer Generation zur nächsten übertragen werden können.

Pflanzen- und Tiergemeinschaften wird dieses Recht auf Kontinuität prinzipiell zugestanden. Bei Menschengemeinschaften wird es hingegen nicht mehr als selbstverständlich erachtet. Infolge der nationalsozialistischen Rassenpolitik ist es in Europa seit 1945 verpönt, in «Völkern» zu denken. Ein individualistisches, egalitäres Menschenbild hat sich stattdessen durchgesetzt. Doch diese ideologische Haltung ändert nichts an der Tatsache, dass auch Völker genetische Interessen haben.

### Völker als Genpools

Kein seriöser Wissenschaftler bezweifelt, dass Völker ein bestimmtes genetisches Profil aufweisen. In der Oktober-Ausgabe der Zeitschrift «Zuerst!» sagt der deutsche Demograph Theodor Schmidt-Kaler: «Beim Begriff des Volkes spielt die Biologie eine tragende Rolle. Die Biologie ist eine exakte Wissenschaft. Völker sind Gesamtheiten mit einem gemeinsamen Genpool. So ist das, selbst wenn man es nicht wahrhaben möchte» (S. 18). Gewiss: Die Entzifferung des menschlichen Genoms hat gezeigt, dass die genetischen Unterschiede zwischen Menschengruppen gering sind. Dem Genetiker Noah Rosenberg zufolge betragen sie



*Auch die Grünliberalen – die ökologisch ausgerichtet sein wollen – befürworten die Massenzuwanderung in unser kleines, überbevölkertes Land.*

nur 3 bis 5 Prozent. Aber selbst diese geringen Werte ermöglichen es, die verschiedenen Menschengruppen voneinander zu unterscheiden. Im Dezember 2002 veröffentlichte die Zeitschrift *Science* eine Studie Rosenbergs über die genetische Struktur menschlicher Populationen («Genetic Structure of Human Populations»): Bei der Auswertung der Erbsubstanz von 1056 Menschen aus 52 verschiedenen Volksgruppen kristallisierten sich sechs genetische Hauptcluster heraus, von denen fünf geographischen Grossräumen entsprechen (Afrika, Eurasien, Ostasien, Ozeanien, Amerika).

Wie genau man anhand der Erbsubstanz die Herkunft bestimmen kann, zeigte auf beeindruckende Weise das Team um John Novembre in der Studie «Genes Mirror Geography within Europe» im August 2008. Die Forscher untersuchten das Genmaterial von 1387 Europäern und stellten fest: Erbgut und geographische Herkunft korrelieren so eng miteinander, dass man sagen kann, aus welchem Land eine untersuchte Person stammt, bzw. welchem Volk oder sogar welcher Volksgruppe sie angehört. In der Schweiz konnten die drei Hauptsprachgruppen voneinander unterschieden werden!

### Pseudogrün

Wem der Schutz der natürlichen Vielfalt am Herzen liegt, muss nicht nur Pflanzen- und Tiergemeinschaften, sondern auch Menschengemeinschaften schützen. Dies bedeutet im Klartext eine restriktive und selektive Einwanderungspolitik. Die Grünen liberaler sowie linker Prägung tun sich sehr schwer damit, denn sie haben sich dem Internationalismus verschrieben. Als im Herbst 2009 der Grüne Nationalrat Bastien Girod darauf hinwies, dass die Masseneinwan-

derung der letzten Jahrzehnte in der kleinen Schweiz zu einer steigenden Umweltbelastung geführt hat, wurde er von seiner Partei desavouiert. Parteichef Ueli Leuenberger meinte sogar, einer Politik, die Lebensraum verteidigen wolle, hätten sich Nazis und andere Rechtsextremisten bedient. Armer Bastien Girod: Er wollte zeigen, dass mit wachsender Bevölkerung der Druck auf die Umwelt steigt – was auch stimmt – und schon wird er in die rechte Ecke gestellt. Da kann er froh sein, dass er keine heikleren Fragen angesprochen hat...

### Ökologische Schäden im Humanbereich

Das Ausmass der grünen Inkonsequenz wird am Beispiel der so genannten «invasiven gebietsfremden Organismen» deutlich. Die Website des Bundesamtes für Umwelt sagt dazu:

«Gebietsfremde Organismen (Neobiota) können zu einem Problem werden, wenn sie invasiv sind. Invasiv bedeutet, dass sich ein gebietsfremder Organismus auf Kosten anderer Organismen ausbreitet – oder dies tun könnte. Dies kann vielfältige ökologische Schäden verursachen:

- Sie verdrängen einheimische Arten.
- Sie hybridisieren mit einheimischen Populationen.
- Sie verändern die ökologischen Faktoren, bzw. Funktionsabläufe einheimischer Ökosysteme.
- Sie übertragen Krankheiten und Parasiten, die bei einheimischen Arten nicht vorkommen.

Ausserdem können sie folgende Schäden verursachen:

- Sie können zu Gesundheitsproblemen beim Menschen führen.
- Sie können zu ökonomischen Verlusten führen, etwa in der Land-

wirtschaft, bzw. Mehrkosten im Unterhalt bereiten, beispielsweise auf Gleisanlagen, Strassen und an Ufern von Gewässern.» [1]

Die Grünen messen dem Schutz der natürlichen Vielfalt einen grossen Wert bei und unterstützen dementsprechend Massnahmen zum Schutz der einheimischen Fauna und Flora gegen invasive gebietsfremde Organismen. Sie weigern sich aber zu sehen, dass eine ähnliche Problematik im Humanbereich besteht: Auch Völker können infolge von Masseneinwanderung, also infolge vom Eindringen zahlreicher gebietfremder Menschen, Schaden nehmen. Ein paar Beispiele:

### Verdrängung

Ein grösseres Zuwanderungsvolumen kann langfristig eine ernsthafte Bedrohung für den Grundstock eines Volkes darstellen: Der Zunahme der zugewanderten Bevölkerung entspricht immer ein Rückgang des Anteils der Einheimischen an der Gesamtbevölkerung eines Landes, wobei tiefe Geburtenraten seitens der Einheimischen diesen Rückgang noch beschleunigen können. Die Geburtenrate in der Schweiz ist so tief, dass die Bevölkerung seit Jahrzehnten fast ausschliesslich infolge der Zuwanderung wächst. Laut Bundesamt für Statistik betrug der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im Jahr 2008 satte 30,6 Prozent; allerdings beinhaltet dieser Prozentsatz nicht die Kinder unter 15 Jahren [2]. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt in Wirklichkeit also noch höher. Ändert sich nichts an dieser Entwicklung, wird der Anteil der ethnischen Schweizer an der Gesamtbevölkerung weiter abnehmen; die Schweizer werden mit anderen Worten langsam durch andere Völker ersetzt.

### Hybridisierung

Die Hybridisierung, d.h. die Mischung von Erbguten bei der Reproduktion, hat je nach biologischem Verwandtschaftsgrad der sich paarenden Partner schwächere oder stärkere Auswirkungen auf die genetische Zusammensetzung – und auf das Gesicht – eines Volkes. So genannte binationale Ehen nehmen in der Schweiz seit längerer Zeit zu. Im April 2009 schrieb das Bundesamt für Statistik in seinem Demos-Newsletter: «Seit Anfang der 1970er-Jahre ist bei den verheirateten Paaren eine zunehmende Multikulturalität festzustellen. Der Anteil der Eheschliessungen zwischen Schwei-

Erlebnisbericht meiner Integrationsanstrengungen

## Willkommen in Multikultopia: Von Gespenstern und Dreikäsehoch-Kriegern

Schlaf...Schlaf...sss...sss...  
Schnarch... Schnarch... queng...  
qriang! Ich springe auf... War das  
mein Wecker? Nein, das war nicht  
mein Wecker. Es ist 04.30 Uhr!

Da wieder: queng... qriang! Langsam  
dämmert's. Ach ja, das sind meine  
lieben Nachbarn von oben. Ich wohne  
ja hier. Ich muss wohl doch eingeschlafen  
sein nach dem nächtlichen Tumult und  
Geschrei da oben. Das hat wohl Auswir-  
kungen auf die Stühle gehabt, die jetzt  
aufeinander loszugehen scheinen. Aber  
Stühle gehen doch nicht von selbst auf-  
einander los, überlege ich mit gedämpf-  
tem Bewusstsein. Vielleicht spielen die  
Kinder dieses Spiel mit Stühlen namens  
«Häufeln» oder «Reise nach Jerusalem».  
Okay, die süssen Kinder. Oder es ist die  
ruheloze Frau, die selbst versucht sich  
mit Stühlen hin- und herzuschieben und  
in den Schlaf zu wiegen. Wer kann das  
schon genau wissen? Gehörschutzpfropfen  
rein, Emotionen runterfahren und... und...  
sss... ssss... Schnarch usw.

Bumm...bum...bummbum. Was ist denn  
jetzt schon wieder? Das kommt von der  
Balkontüre her. Trotz Gehörschutzpfropfen  
nicht zu überhören. Resultat: Wieder quasi  
wach! Aber immerhin, es geht mit dem Tag  
vorwärts. Es ist doch schon 05.30 Uhr!  
Was war denn geschehen? Ein grosser,  
schwerer, nasser Teppich, der vom Balkon  
der oberen Wohnung zum Trocknen über die  
Brüstung hing, hat dem Naturphänomen  
Wind nicht standgehalten und ist nach  
mehrmaligem Poltern gegen unsere metallene  
Balkonbrüstung gekracht und der Folge in  
die Tiefe gesaut. Die Natur ist also nicht  
immer nur brutal dachte ich und machte  
im Bett die grosse «Füdlecheeri» und  
dämmerte versöhnt dem Morgen entgegen.

### Mutter- und Tochtergespenster

Rrrrring. Ich höre nochmals genauer hin:  
Rrrrrring. Ja, dieser äusserst konservative  
Klingelton kommt diesmal aus meinem  
Wecker. «Uufstoh, wäsche, Zängputze,  
alegge, z'Morgen-ässe» und dann ab. An  
der Bushaltestelle traue ich meinen Augen  
kaum. Was treiben denn da diese Gespenster  
noch um diese Zeit? Mitternacht ist doch  
längst vorbei! Ach ja, da bringen Mutter-  
gespenster (offenbar kopftuchtragende  
Frauen) ihre Tochtergespenster in den Kinder-

garten oder in die Schule. Ja, ja, neben  
den grossen gibt es bereits kleine Gespenster.  
Zum Glück bin ich denen nicht nachts  
begegnet. Brrrr...

Nachmittags begegne ich im Haus-  
ingang einem Dreikäsehoch-Krieger der  
mit einem Plastik-Wassergewehr dafür  
sorgt, dass die Post in den Briefkästen  
nicht austrocknet. Auf die Frage, was er  
da mache, stellt er sich (wahrscheinlich  
vorbildgemäss) vor mich auf und zielt  
auf mich, Gott sei Dank, ohne abzudrücken.  
Dabei piept er etwas in einer Sprache,  
die ich dummerweise immer noch nicht  
gelernt habe. Ach, die süssen Kleinen!

Ich benütze den freien Nachmittag,  
um noch die Waschmaschine im Keller mit  
schmutziger Wäsche zu füllen. Ja, ich  
wollte... Leider ist mein Waschauto-  
matenschlüssel, so ein flaches Ding, auf  
Neudeutsch Patch genannt, mit Aufschrift,  
wem er gehört, einfach nicht aufzufinden.  
Trotzdem gehe ich in den Keller. Ich  
könnte ihn ja vor einer Woche dort  
vergessen haben. Und siehe da: Dieser  
befindet sich in der Steckdose, wo man  
ihn einbringen muss, damit später der  
Energieverbrauch auf meine Rechnung  
kommt. So weit, so gut. Nur dumm,  
dass die Waschmaschine auf Hochtouren  
läuft mit... mit eben meinem Schlüssel.  
Die Dame, eben auch so ein Gespenst,  
wäscht die ganze Woche mit meinem  
Schlüssel. Und sie hat «viel waschen,  
da Familie gross». Es ist überhaupt  
sehr schwierig eine Zeitlücke zu finden,  
in welcher sie gerade nicht wäscht. Eine  
gewisse Waschordnung wäre wahrschein-  
lich die Lösung. Geht aber nicht, denn  
ihr Gemahl ist der Hausabwart. Ich stoppe  
also ihren Waschgang, ziehe den Schlüssel  
raus und kehre unverrichteter Dinge  
in meine Wohnung zurück.

### Plastikvögel und Müllsäcke

Da sitze ich nun und schau zum Fenster  
raus. Da kommt etwas von oben herab  
geflogen. Ein Plastikvogel? Sind wir denn  
schon so weit? Ich stehe auf und blicke  
nach unten auf den kleinen Hinterhof. So,  
so, denke ich, da hat also der Abfall,  
wie die Chips-Tüten, die Plastikresten und  
das Papier jetzt noch Gesellschaft einer  
wunderschönen Pet-Flasche bekommen.  
Ich denke, sei nicht so stur, Schorsch,  
ein bisschen mehr Farbe im grauen Alltag  
kann nicht schaden.



Integration von aussereuropäischen Zuwanderern – ist dies überhaupt möglich?

den. Man soll ja nicht immer so negativ  
denken!

Aus meinen farbigen Träumen werde  
ich plötzlich unsanft herausgerissen,  
als von oben nach den Kindern gerufen  
wird, quer über den ganzen Hof und zwar  
in einem Ton der etwa so darstellbar wäre:  
Rünlükü, tsche kü. Hrim ne freg te bem –  
es n'gle glü! usw. Muss ich jetzt diese  
Sprache auch noch lernen? Eigentlich  
hätte ich schon längst damit beginnen  
sollen zwecks besserer Integration.

Da mich das schöne Wetter heute,  
Samstagnachmittag, hinauslockt, kämpfe  
ich mich neben den von der Müllabfuhr  
nicht mitgenommenen Abfallsäcken durch,  
die das selbst nicht wirklich verstehen,  
da sie ja vorbildlich vor sich hinstinken  
und vor Überfüllung nur so strotzen.  
«Was los mit Müllabfuhr? Nix verstehe.»

Mein Spaziergang führt mich hinter  
unseren Häuserblock und jetzt begreife  
ich, warum ich den Nachbarblock vom  
Zimmer aus nicht mehr sehe. Es ist nicht  
der Herbstnebel. Es hängt schon wieder  
vom Balkon oberhalb unserer Wohnung  
ein dicker, breiter Teppich runter, der  
dafür sorgt, dass das Sonnenlicht nicht  
über Gebühr in unser Zimmer strahlen  
kann. Ich mache als Beweis ein Foto.  
Trotz grosser Hirnanstrengung kann ich  
mich nicht daran erinnern, eine Anfrage  
von oben erhalten zu haben, ob sie an  
zwei sonnigen Tagen die Helligkeit in  
unserer Wohnung etwas abdunkeln dürften?

### Flecken und Autonarren

Eines Tages beobachte ich an unserer  
Badezimmerdecke einen ziemlich  
«grusigen» Fleck. War mal

gelb und dann wechselte die Farbe auf  
braun. Gibt es bei unseren Nachbarn  
oben Chamäleons?

Huch, innert eines Wochenendes wächst  
der braune Fleck Richtung Korridor und  
beginnt zu tropfen! Ein zwei Meter  
langes Chamäleon das tropft? Ich melde  
dies der Hausverwaltung und da kommt  
ein Sachverständiger und geht schnurstracks  
in den oberen Stock und stellt fest,  
dass die Bastelarbeit unseres lieben  
Nachbarn oben am Spülbecken total  
unfachmännisch ausgeführt wurde.  
Wer jetzt darunter leidet, wenn die  
Reparaturarbeiten ausgeführt werden  
müssen, sind wir. Glücklicherweise,  
mental vorbereitet bin ich schon ziemlich,  
da ich mich ständig in Integration übe.

Es ist Abend geworden. Im Hof steht  
eine ganze Gruppe von Autofreaks um  
einen BMW herum, dessen Motor sie mit  
viel Sachverständnis hin und wieder  
aufheulen lassen. Aber so gegen Mitternacht  
wird es dann ruhiger. Ein letztes  
Aufheulen, ein Reifenquietschen um die  
Ecke, ein aufmunterndes Geheule und es  
tritt eine fast beängstigende Stille ein.  
Man sollte nicht von einer Verrohung der  
Verkehrssitten sprechen, sondern eher  
von einer Anpassung an EU-Grossstadt-  
verhältnisse, wie z.B. in Rom.

Mit diesem Text ist es wie mit der  
Bibel. All diese Vorkommnisse sind nicht  
in nur sechs Tagen geschehen, aber  
immer und immer wieder kommen sie  
vor.

Und einen Unterschied gibt es hier  
noch: Diese Erzählung hat nichts mit  
Mythen oder Legenden zu tun!

# Demonstration gegen den geplanten Minarett-Bau!

**Daniel Zingg, ein selbst ernannter Heilsbringer auf Abwegen!**

Nein, Nicolas Sarkozy, der französische Staatspräsident war am 9. Oktober nicht als Besucher in Langenthal angesagt. Dies hätte theoretisch sein können angesichts der zahlreichen im Gebiet Bahnhof/Bützbergstrasse postierten Gruppen von Polizeikräften; die meisten hievon mit Helm und Schutzschild versehen. Warum dies? Die gewaltbereiten Linksautonomen wollten die bewilligte überparteilich organisierte Demonstration der PNOS (Partei national orientierter Schweizer) und der Berner Autopartei stören/verhindern. **Die meisten «linken Bubis» wurden aber von den Polizeikräften schon am Bahnhof abgefangen und wieder nach Hause geschickt. Bravo!**

## Kein Minarett in Langenthal!

Die kantonbernische Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (eigentlich nicht diese Direktion, sondern die dahinter stehenden Verantwortlichen!) hatte vor Kurzem die von der Stadt Langenthal befürwortete Baubewilligung zugunsten eines Minarettbaus bestätigt. **Willi Frommenwiler** von der Berner Autopartei kritisierte diesen Entscheid am Megaphon, da das Schweizer Volk am 29. November 2009 mit deutlichen 57,5% Ja gesagt hatte zum Bauverbot für Minarette!

**Pierre Singer**, von der Freiheitlichen Arbeiterpartei des Kantons

Aargau, geisselte in seiner Rede ebenfalls die Machenschaften der Behörden, um den eindeutigen Volksentscheid unterlaufen zu können. Dazu ist anzumerken, dass der Bundesrat schweizerisches Recht den sogenannten «übergeordneten Richtlinien» von EU oder Uno immerzu rasch und exakt in anpasserischer Weise übernimmt, also einer sogenannten «höheren» Instanz! Steht denn beim Thema Minarett der Volksentscheid nicht **über** den kantonal-bernischen Verordnungen?

**Markus Borner** überbrachte die besten Grüsse und Wünsche der Schweizer Demokraten Basel-Stadt und forderte dazu auf, Minarettbauten in der Schweiz mit allen uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln (dazu gehören auch Demonstrationen!) zu verhindern!

**Dominic Lüthard** von der PNOS und Mitorganisator des perfekt durchgeführten Anlasses wischte am Schluss der Demonstration und nach dem Auftritt einer Inner-schweizer Trychlergruppe sodann mit einer symbolischen Handlung fünf kleine Pappkarton-Minarett – die auf einer am Boden liegenden ausgebreiteten Schweizer Fahne standen – mit dem Besen weg! Dieser Vorgang zeigte ganz klar, dass Minarette in der Schweiz unerwünscht sind. Als Klarstellung: Moscheen, Moslems und der Islam

waren nicht das Ziel dieser Demonstration. In der Schweiz gilt gemäss der Bundesverfassung die Glaubensfreiheit. **Bloss gegen Machtdemonstrationsbauten, Islamisten, Scharia-Befürworter und Frauenunterdrücker haben wir etwas...**

## Seltene Berichterstattung

**Der Langenthaler Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP) hielt sich übrigens auch als Beobachter auf dem Platz auf.** Dieser erklärte den Medienleuten mehrfach, dass die Demonstration zu keinen Klagen Anlass geben würde. Diese Aussage wurde jedoch von den Medien kaum mehr wiedergeben! Warum wohl? Die zahlreich erschienenen Medienvertreter sprachen hingegen einerseits von anwesenden «70 Rechtsextremisten» oder auch von «150 Personen, hauptsächlich aus der rechtsextremen Szene» (an was sind denn solche Leute zu erkennen?). Nebst den sicherlich 150 anwesenden Demonstranten waren auch um die 100 Zuschauer aus nah (u.a. Bewohner der Umgebung, auch unter den Demonstrierenden!) und fern präsent. Diese wurden in den Medien überhaupt nicht erwähnt. Unter den Zuschauern befand sich offenbar auch ein



*Erfolgreiche Kundgebung mit allen Demonstrierenden und im Hintergrund das Gebäude – wo das Minarett drauf käme...*

gewisser Daniel Zingg vom «offiziellen» Langenthaler Aktionskomitee «Stopp Minarett!». Dieser **Daniel Zingg** wusste den Medienvertretern nichts Gescheiteres zu erzählen als: «...die Demonstrierenden aus der rechtsextremen Szene seien «Trittbrettfahrer», die ihr «Defizit an Publizität» wettmachen wollten. Das Aktionskomitee hat vor, auf dem Rechtsweg die Baubewilligung anzufechten.» Daniel Zingg ist offensichtlich ein Mann, der weiss wie man die Volksbewegung gegen den Minarettbau (dem breite Bevölkerungskreise von links bis rechts und allen sozialen Schichten angehören!) in der Schweiz spaltet und so schwächt. Pfui!

**Zum Glück sind in einem demokratisch organisierten Komitee solche Dummschwätzer leicht zu ersetzen!**

*Markus Borner*

## Konsequenter Natur- und Artenschutz!

*Fortsetzung von Seite 4*

zer Partnern ist in der Tat stark rückläufig; er fiel von 74,7% im Jahr 1969 auf 50,6% im Jahr 2007 (...). Im gleichen Zeitraum hat sich die Anzahl gemischt-nationaler Eheschliessungen (zwischen einer Person schweizerischer und einer Person ausländischer Nationalität) mehr als verdoppelt. Diese Heiraten stellen zurzeit über einen Drittel aller Eheschliessungen dar (37,5%).» [3] Jedes Kind ist in genetischer Hinsicht ein Hybrid, doch gilt dies verstärkt für Kinder aus binationalen Ehen. Gehören die Eltern zwei eng verwandten Völkern an, ist der Hybridisierungsgrad tief; gehören die Eltern hingegen zwei entfernt verwandten Völkern an, ist er höher. Ein konsequenter Artenschutzgedanke verlangt, dass die Hybridisierung sich nicht nur bei Pflanzen und Tieren, sondern auch beim Menschen in Grenzen zu halten hat.

## Veränderung der ökologischen Faktoren

Je mehr Menschen in einem Staat leben, desto mehr steigt der Druck auf die Umwelt: Neue Wohnungen und Infrastrukturen müssen gebaut werden, die Agglomerationen dehnen sich aus, die Zersiedlung nimmt zu. Der Wasser- und Stromkonsum steigt. Die Landwirtschaft muss intensiver produzieren, um die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Da jeder Staat aber nur über eine begrenzte Fläche Ackerland verfügt, kann bei starkem Bevölkerungswachstum die Ertragskapazität des Bodens überschritten werden. Dies ist in der Schweiz schon längst geschehen: Laut *Tages-Anzeiger* vom 5. Mai 2009 (Andreas Bosshard, «Der Mythos von der Selbstversorgung») liegt der Selbstversorgungsgrad in der Schweiz nur noch bei 25 Prozent! Zur Zeit spüren wir davon nichts, denn wir können «dank» der Globalisierung viele Lebensmittel aus dem Ausland importieren. Aber

gerade wegen dieser Möglichkeit verlieren wir auch jeglichen Sinn für natürliche Wachstumsgrenzen. **Die Folgen einer ernsthaften internationalen Versorgungskrise können unter diesen Umständen schlimm ausfallen.**

## Ökonomische Verluste und Mehrkosten

Es liegen für die Schweiz kaum Untersuchungen über die finanziellen Kosten der Zuwanderung vor; in anderen Ländern dagegen schon. In Frankreich errechnete der Steuerzahlerverein *Contribuables Associés*, dass die Zuwanderer – bei Berücksichtigung ihrer Zahlungen in die Staatskasse – ein jährliches Staatshaushaltsdefizit von 36 Milliarden Euro verursachen [4]. In Deutschland wurden die Gesamtkosten der Einwanderungspolitik der letzten Jahrzehnte errechnet. Am 24. Juni 2010 schrieb Gunnar Heinsohn in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Deutschland hatte bereits 2007 eine Billion Euro Sonderschulden

«für Migranten, die mehr aus den Hilfesystemen entnehmen, als sie aufgrund schlechter Schulleistungen und anderer Handicaps in sie einzahlen können» (Gunnar Heinsohn, «Deutschland verschläft den Kampf um Talente»). Eine Billion Euro, das sind 1000 Milliarden Euro! Diese Summe entspricht 60 Prozent der deutschen Staatsverschuldung. Bereicherung durch Zuwanderung sieht anders aus...

Diese Beispiele zeigen: Zuwanderung kann in natur- und artenschutzrische Hinsicht sehr negative Folgen haben. Wer nicht bereit ist, sich offen mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, darf sich nicht «Grün» nennen.

[1] <http://www.bafu.admin.ch/biodiversitaet/09466/index.html?lang=de>

[2] <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/key/04.html>

[3] <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/22/publ.Document.119166.pdf>

[4] <http://www.contribuables.org/publications/les-monographies/le-cout-reel-de-l-immigration-en-france/>

*Jan Mahnert ist ein parteiunabhängiger Autor*

Die Nationale Sicherheit im Herbst 2010

## Was bedroht uns?

**Am 29. September fand in Ostermundigen ein gutbesuchter Vortragsabend mit Peter Regli, vormals Chef des Schweizerischen Nachrichtendienstes, statt. Thema: Die Nationale Sicherheit im Herbst 2010.**

Organisiert und eingeladen zum Anlass wurde durch das PIKOM (Parteiunabhängiges Informationskomitee). Gegründet wurde diese Organisation, welche weniger Zuwanderung, bzw. «eine der Schweiz dienende Zuwanderungspolitik» anstrebt, von Philipp Müller, dem Urheber der seinerzeitigen 18%-Initiative. **Mittlerweile hat Müller definitiv konvertiert.** Er ist als FDP-Nationalrat etabliert und braucht das PIKOM nicht mehr zur Selbstdarstellung und Wahlplattform. Obschon das PIKOM sich als «parteiunabhängig» bezeichnet, ist doch durch die Präsidentschaft von Thomas Fuchs und weiteren SVP-Spitzenleuten eine eindeutige SVP-Lastigkeit auszumachen.

Der Vortrag von Peter Regli dauerte inklusive der Fragerunde, die meines Erachtens etwas früh abgebrochen wurde, etwa zwei Stunden. Der Vortrag liess sich in drei Teile gliedern:

1. Was bedroht uns?
2. Welche Mittel der Sicherheit stehen zur Verfügung und wie ist deren Zustand?
3. Fragerunde.

Vorneweg zwei Bemerkungen von Regli, die im Verlauf des Vortrages gemacht wurden, welche sehr bemerkenswert sind.

Erstens: Linke und Grüne würden sich kaum bis gar nicht für sicherheitspolitische Anliegen interessieren! Zum Zweiten: Es gebe eine Partei, welche sehr laut nach Sicherheitsaspekten rufe, stets aber mit den Linken zu den Ersten gehöre, welche Abstriche und Einsparungen im Sicherheitsbereich vornehmen...

### Radikale Islamisten und organisiertes Verbrechen

Zu den Bedrohungen: Laut Regli geht die grösste Gefahr zurzeit vom islamischen Fundamentalismus aus. Als sehr gefährlich müsse ein neuer Ableger der Al Kaida in Jemen bezeichnet werden. Unberechenbar seien Aktivitäten der sogenannten «Schläfer», radikalisierte Islamisten, terroristisch ausgebildet, welche unauffällig im Westen leben, um am Tag X einen lange vorbereiteten Anschlag selbstständig auszuführen. Als «Markenzeichen» der Al Kaida gelte: Ein An-

schlag auf ein Ziel werde solange wiederholt, bis dass er gelinge. Am schlimmsten seien die Konvertiten. Zum Beispiel Herr Blanco aus Biel, dessen islamisches Zentrum mittlerweile zum Anziehungspunkt für Fundamentalisten geworden sei. Eine weitere interessante Aussage von Regli: Die Erfahrung zeige, dass die Fehler, die in Deutschland gemacht werden, nach 5 bis 6 Jahren in der Schweiz wiederholt würden.

Zweiter Gefahrenherd: Organisiertes Verbrechen/Mafia. Italien sei weitgehend lahmgelegt. Carabinieri und Nachrichtendienste würden funktionieren. So seien in unmittelbarer Vergangenheit 3000 Mafiosi verhaftet worden. Der politische Wille zur Bekämpfung der Mafia sei in Rom aber nicht vorhanden.

Zum Dritten: Georgisch/Russische Einbrecherbanden. Es handle sich meist um ehemalige, nun arbeitslose Elitesoldaten, die in den Westen geschickt würden. Es werde in Häuser eingebrochen, egal ob jemand anwesend sei oder nicht. Die Vorgehensweise sei kaltblütig und skrupellos.

Viertens: Innere Unruhen. Beispiele aus Frankreich, England, Deutschland und Schweden zeigten die Problematik auf, welche durch unkontrollierte Einwanderung zustande kommt. Am 4./5. Sept. 2010 fanden in Deutschland Unruhen und Ausschreitungen statt, die in der Schweizer Presse glatt verschwiegen wurden. Linke Extremisten planten Übergriffe und definierten die anzugreifenden Ziele. Dieses Vorgehen sei neu. Auch der Hooliganismus sei unter diesem Kapitel nicht zu unterschätzen.

### Wirtschaftsspionage

Zum Fünften: Spionage. Vor allem die Wirtschaftsspionage aus Russland und China sei ein Problem. Gerade KMU seien gefährdet und verhielten sich meist sehr «blauäugig». «Wenn eine chinesische Studentin als Praktikantin angestellt werde und diese am Samstagmittag jeweils alleine in der Firma Überstunden schiebe, sollte man gescheiter mal zum Rechten sehen!», meinte Regli. Weitere Spionagezweige seien die politische Spionage und die Spionage bei emigrierten Landsleuten.

Zu guter Letzt: Cyber-Terrorismus. Zusammen mit Schweden sei die Schweiz das am meisten vernetzte Land und somit stark gefährdet.

Als Fachstelle für eine zweckmässige Abwehr wurde eine Internetadresse angegeben, welche zum Schweizer Nachrichtendienst gehöre.

Zu den Mitteln der Sicherheit: Als Speerspitze an erster Stelle im Sicherheitsgefüge müsste der Nachrichtendienst stehen. Erstes Organ, das bei einem Vorfall zum Einsatz gelange, bleibe die Polizei. Diese sei aber heute nach 72 Stunden «ausgeschossen». Es fehlte das Personal!



Von den Schweizer Medien meist verschwiegen: Linksextreme Gewalttäter.

Grenzwachtkorps: Diese Truppe erledige einen hervorragenden Job, habe aber 200 bis 300 Leute zu wenig. Regli schwärmte zwar von der Schleierfahndung in Zügen, aber einen Hinweis, ob seit Inkrafttreten des Schengen/Dublin-Vertrages alles besser geworden sei, blieb er schuldig. Meine persönliche Meinung bleibt die, dass man Gauner und Halunken nach Möglichkeit nicht erst aufs eigene Territorium vordringen lassen sollte, bevor man sie bekämpft. Die Grenzen der Schweiz sind schlechter denn je bewacht. Da reichen 200 bis 300 Leute in der Schleierfahndung nie! Als weiteres taugliches Mittel gab Regli die Bundeskriminalpolizei an, welche top gerüstet sei.

Die Rettungsdienste und Feuerwehren würden in der Schweiz hervorragend funktionieren.

### Armee erfüllt Aufgaben nicht mehr

Die Armee stelle die strategische Reserve dar und sei unverzichtbar. Regli lobte die Abteilung für militärische Sicherheit. Der Fisch «stinke» bezüglich Armee in Bern und nicht an der «Front». Jene bürgerlichen Politiker wurden kritisiert, welche im Sicherheitsbereich sparen und nicht erkennen, dass Sicherheit, die etwas taugen soll, eben auch etwas kostet. Insbesondere grosse Sorgen bereite die Luftwaffe. Gegenwärtig könnte im Ernstfall zwei Wochen die Lufthoheit gewährleistet werden, danach sei das Dach abgedeckt. Der Verzicht auf neue Kampfflugzeuge werde sehr teuer. Man habe die Herstellerfirmen, die bei der Evaluation mitmachten und investierten, mit der Absage brüskiert. Die

Evaluation müsse vor einer späteren Beschaffung wiederholt werden. Das ergebe also doppelte Kosten. Die Flugzeuge würden teurer, zudem sei 2020 nicht mehr nur der «Tiger» zu ersetzen, sondern auch der F/A-18. Was dann? Es wird die ganze Flotte erneuert werden müssen, statt nur ein Teil davon. Regli zeigt sich zufrieden mit dem neuen Militärbericht. Als Mindestbudget fürs VBS nennt er die Summe von 5,5 Mia. Franken, ansonsten werde man überall in den Kantonen «Anlagen» schliessen müssen. Mittlerweile ist das von der Aktualität her betrachtet überholt. Es gibt weniger Geld; die Armee soll wieder verkleinert werden. Meine Meinung: Diese neuerliche Reform führt zu einer Armee, die keine einzige der ihr zugedachten Aufgaben mehr erfüllen kann... ausser natürlich den Auslandseinsätzen!

Die Armeeabschaffer und Landesverräter haben ihr Ziel beinahe erreicht. Wie sagte Regli doch, es sei ein Unding gewesen, innerhalb weniger Jahre die Armee zweimal komplett umzuschichten. Das habe schiefgehen müssen. Ich frage: Welche Partei, ausser den Schweizer Demokraten, roch auch noch den Brei und sagte Nein zur Armee XXI? Die SVP war es nicht!

### Nationalbankgold lagert in den USA

Überraschenderweise erwähnte Regli im Sicherheitsgefüge das Nationalbankgold. Sein Zusatz «in den USA» liess mich erschauern. Wenn die Schweiz alles Gold in den USA gelagert hat, dann hat sie kein Gold mehr! Der Volksmund sagt doch: «Nur was man in den eigenen Fingern halten kann, das hat man wirklich!»

Wo bleibt übrigens das Sicherheitsdispositiv Ernährung im Zusammenhang mit der Landesversorgung? Ein Thema, das an diesem Abend nicht zur Sprache kam, auch nicht in der anschliessenden Fragerunde. In dieser verschafften sich einige Direktbetroffene Luft und klagten über allerlei Ungerechtigkeiten. Zentral: Finanzielle Not! Und das in einem der reichsten Länder der Welt!

Die Schlussfazite von Peter Regli können hingegen vorbehaltlos gutgeheissen werden: **Ein Staat hat keine Freunde, nur nationale Interessen!** Mehr Rückgrat gegenüber Erpressungen wird von der Regierung und den Politikern gefordert! Für die Sicherheit müssen mehr Mittel gesprochen werden! Prüfen Sie die Arbeit der Parlamentarier und werfen Sie sie nächstes Jahr bei den Wahlen raus, wenn diese nichts für die Sicherheit taten!

Walter Brunner,  
SD Berner Oberland, Unterseen

## SD-Marktplatz

**Suchen Sie etwas?** (ein Handörgeli oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie uns Ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text soll **kurz**

**und aussagekräftig** sein! Diese **Kleininserate** erscheinen max. 2-mal im «Schweizer Demokrat» und sind für die SD-Familie **gratis**. Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktaufnahme die **Telefonnummer** des/der Auftraggebers/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail). Bei ganz persönlichen Dingen ist ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In diesem Fall bitte Ihrer Briefsendung an uns Fr. 10.– (Note) beilegen. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

**Kontaktadresse:** SD-Marktplatz, Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15  
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt möglich auf  
[www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch)

### Wer sucht, der findet!

#### ZU VERMIETEN:

**5-Zimmer-Wohnung in Vitznau** mit Garten, im Parterre in älterem Haus, nur an Deutschsprechende. Miete Fr. 650.– plus NK.  
**Telefon 041 397 01 88**

#### ZU MIETEN GESUCHT:

Gesucht in **Uster** von ruhiger Schweizerin in neuem Haus:  
**1- bis 2½-Zimmer-Wohnung im EG.** Keine Treppen und Tritte beim Zugang.  
**Telefon 078 772 68 11**

**Schweizerin sucht 2- bis 3-Zimmer-Wohnung in Zürich und Umgebung.** Auch ein Hausteil kommt in Frage. Vermieter melden sich bitte telefonisch oder per E-Mail bei obenstehender SD-Marktplatz-Adresse. Besten Dank!

#### ZU VERKAUFEN:

In Seewen am See, **Wohnwagen mit Vorbau**, winterisoliert, 4 Schlafplätze mit allem Nötigen (Jahresplatz) **an den Meistbietenden oder an seriösen Dauermieter.** Region Innerschweiz.  
**Telefon 078 725 60 47**

**Aluboot**, 4 Plätze mit Anhänger und Plane, 6-PS-Motor, Führerscheinfrei, Komplett Fr. 3000.–. Bei Vitznau.  
**Telefon 041 397 01 88**

**4½-Zimmer Hausteil jetzt zu verkaufen** im Bezirk Affoltern (ZH). Zu diesem gemütlichen Haus gehören ein grosser Schopf mit Garage und Waschraum mit V-Zug-Maschinen. Im kleinen Schopf sind Werkzeuge für den grossen Garten mit etlichen Obstbäumchen und Beerensträuchern. **Ideal für SD-Eltern mit 2 bis 3 Kindern.** Auskunft, wo das Haus genau steht, erhalten Sie über die obenstehende SD-Marktplatz-Adresse; dies auch telefonisch oder per E-Mail möglich.

**Bio-Knospen Olivenöl und Schweizer Essig** von Waldkirch SG, Region Ostschweiz,  
Telefon 071 244 72 76 oder [thomas-fischer@bluewin.ch](mailto:thomas-fischer@bluewin.ch)

#### GESUCHT:

Suche günstig **VW Scirocco 1**, Jg. 74 bis 80 (oder Ersatzteile hievon). Kanton Zürich.

**Telefon 079 642 24 87**  
oder **E-Mail: k.fabian@bluewin.ch**

**Sammler sucht «Super-8-Geräte»** (Cameras, Betrachter, Stative, Zubehör). Region Luzern.  
**Telefon 041 280 52 17**

#### Musiklehrer/Hobymusiker:

Wer könnte mir einige Stunden erteilen? Ich möchte von Diatonischer Orgel auf Chromatisch umsteigen. Region Küssnacht, Vitznau, Gersau, Weggis.  
**Telefon 078 924 35 90**

**Wer sucht, verkauft oder tauscht Mondo-, Bea- oder Silva-Punkte?** Ihre Kleinanzeige hier bringt Sie dem Ziel näher!

#### Supercard-Punkte zu verkaufen?

Eine Kleinanzeige macht's möglich!

Gesucht – günstig oder gratis:  
**Fotos, Ansichtskarten, Prospekte**, mit Abbildungen von Menschen, Objekten, Gebäuden, Landschaften usw. für den Abdruck im «Schweizer Demokrat» (Bebildung von Artikeln). Kontaktadresse: SD-Sekretariat, Postfach 8116, 3001 Bern. **Tel. 031 974 20 10**, **Fax 031 974 20 11**  
[schweizer-demokraten@bluewin.ch](mailto:schweizer-demokraten@bluewin.ch)

#### ZU VERSCHENKEN:

**Vielseitiger Sammler und Dokumentierer.** Würde alles verschenken – jedoch nicht zum Verschleudern! Umfang meiner Sammlung: Ski, Schlitten, Geräte (keine Maschinen) der Landwirtschaft (antik) des Haushalts und des Alltagslebens. Schweizer Landesausstellungen von

1883 bis und mit Expo 02, Volkskunde, Geschichte, Unterhaltung, Emanzen-Texte..., Bücher. All das zum Forschen, Dokumentieren (unsortiert) und evtl. Ausstellen. Sehr viele Zeitungsausschnitte, Illustrierte. Manches für Studien, Matura, Dissertationen geeignet. Viel Skisport-Literatur.

**Zuschriften an: Hans Zihlmann, Meierwiesenstr. 56, 8064 Zürich**

#### AUSSTELLUNGSHINWEIS:

##### Zeit-Reisen

Die neue Dauerausstellung des **Naturama in Aarau** gehört zu den modernsten naturkundlichen Präsentationen der Schweiz. Lebende Tiere und Pflanzen, einzigartige Objekte und Präparate, spannende Videofilme, interaktive Computer-Installationen, attraktive Modelle und sorgfältig gestaltete Dioramen laden Jung und Alt zu spielerischem Entdecken und Verstehen ein. Diese Ausstellung beinhaltet: **Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft!**

**Öffnungszeiten:** Täglich ausser Montag von 10.00 bis 17.00 Uhr.  
**Naturama. Beim Bahnhofplatz, Aarau, Tel. 061 832 72 00**

#### Aufgepasst:

**Den «Schweizer Demokrat» nicht ins Altpapier werfen – sondern zum Lesen weitergeben!**

### Elektronische JSD-Zeitung

<http://www.volkundheimat.ch>

### SD-Facebook-Gruppe

René Kunz-SD-Grossrat AG / Marco Schällmann  
«Tiere sind keine Ware»

### Eidg. Volksinitiative

«Schutz vor Rasern»

Tel. 044 737 48 29

## Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

**Bezirk Baden und Umgebung:** Stamm im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

**Fricktal:** Stamm im Rest. «Weisses Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr.

**SD Stadt Bern:** Höck im Rest. «Bahnhof Süd» in Bümpliz-Süd (Restaurant ist unmittelbar beim Bahnhof). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

**Berner Oberland:** Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.

**Luzern-Innerschweiz:** Stamm im Rest. «Listrig» in Emmenbrücke. Jeden 2. Montag im Monat ab 20.00 Uhr.

**Kantonalsektion St. Gallen:** Stamm im Restaurant Dufour am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Dies am Donnerstag, 25. November ab

19.30 Uhr. Am 4. Dezember feiern wir traditionsgemäss den Barbaratag (Treffpunkt um 18.30 Uhr beim Vadianendenkmal in St. Gallen).

**Winterthur und Umgebung:** Höck im Rest. «Blume», Wülflingerstr. 236. Jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr (bei einem Feiertag eine Woche später).

**jsd-nordwestschweiz.ch:** Immer am 1. Montag des Monats Stamm ab 20 Uhr. Jetzt **neu in der «Sportbar»** an

der Rheinstr. 4 in Liestal. Wir sind alles Junge! Bitte den 18. Dezember reservieren. An diesem Samstag findet unser Weihnachtsessen statt. Näheres dazu später!

**jsd-ostschweiz.ch:** Stammtisch, fast jeden Donnerstag (siehe [www.jsd-ostschweiz.ch](http://www.jsd-ostschweiz.ch) oder 079 836 90 87) im Rest. «Löwen» in Tobel (TG), ab 20.00 Uhr. Wir sind alles Junge!

**Weitere Anlässe bitte melden an: info@sd-marktplatz.ch**

# Inflationierung des Geldes – Wurzel vieler Übel!



Der Monatskommentar von V.J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

**Bundesrat Nello Celio erklärte vor bald 40 Jahren vor dem Nationalrat, er habe nun gelernt, dass jede Inflation Diebstahl am Volk bedeute.**

Trotzdem vertreten noch heute viele Grössen der Wirtschaft die Meinung, eine «bescheidene» Inflation von 2 bis 3 Prozent sei erwünscht. Dabei wird geflissentlich übersehen, dass z.B. 2% jährlicher Inflation in 10 Jahren bereits einen Fünftel der Kaufkraft der Sparkapitalien vernichtet hat und dass eine stete Inflation äusserst schwierig im Griff zu behalten ist.

Die Inflationierung des Geldes bedeutet Ausweitung der Geldmenge über die Warenmenge und das Dienstleistungsangebot hinaus; das wiederum bedeutet auch rekordtiefe Zinsen. Ein Faktum, das alle Sparer schmerzhaft trifft.

Als Konsequenz stellen wir die Fehlleitung der Geldströme fest bis hin zur «Blasenbildung» und nachfolgendem Kollaps mit enormen wirtschaftlichen Schäden und sehr viel unnötigem Kummer und Leid bei den gerade erst zu «Schein-Vermögenden» aufgestiegenen Mitbürgern. Gerade jetzt ist auf dem schweizerischen Wohnungsmarkt eine solche Blasenbildung im Gange, da die Hypothekenzinsen zur Ankurbelung der Wirtschaft unvernünftig tief gehalten werden.

Wenn dann die Blase platzt, kommt der Schrei nach staatlicher Hilfe – Nota bene – über Schuldenmacherei des Staates, der bekanntlich selber über keine Reserven verfügt, aber als Folge davon dann die Steuerzahler noch vermehrt zur Kasse bitten muss.

Dann erleben wir einmal mehr den Versuch, ein Perpetuum mobile zu installieren, mit der Gewinnsicherung für die «beati possedentes» und der Verlustabwälzung (also der Sozialisierung der Verluste) auf die Mittelschicht des Volkes.

**Dieses Spiel geht solange bis nichts mehr geht, weil das Geld seine Funktion als «Werte-Aufbewahrungsmöglichkeit» verloren hat.**

Und das ist der wirkliche Betrug am Bürger, weil über die Notenbanken Geld aus dem Nichts erzeugt wird. Hinter den bunten Papierschnitzeln stecken...

– einerseits minimale Gesteungskosten und riesige Gewinne für die druckberechtigten Banken und – andererseits die sorgfältige Pflege der Illusionen der Bürgerschaft, man könne auf Dauer mehr konsumieren als Werte (er)geschaffen werden.

Dass dieses Spiel von den Bankern – ich meine das Spiel mit der Geldmengen-Ausweitung (= Inflation) via Geldschöpfung und Kreditvermehrung (fractional-banking!) mit Begeisterung gespielt wird, ist nachvollziehbar (ausgeschämte Saläre und Boni für die Spitzenleute!), dass dabei aber auch die Politiker mitmachen, verlangt nach einer tiefergreifenden Erklärung.

Der Amerikaner Ron Paul, ein langjähriges Kongressmitglied erklärt dies so (Zitat):

«Politiker müssen ihre Existenz dadurch rechtfertigen, dass sie den Staat lenken. Zuerst schaffen sie Probleme, und dann kümmern sie sich mit Freuden darum, den Staat immer mehr auszuweiten und die Probleme zu lösen, die sie selbst geschaffen haben.»

Diese Vorgänge werden derzeit nicht nur von den Amerikanern demonstriert; auch die Brüsseler Polit-Oligarchen und die Beamten des IWF und der Weltbank sind eifrig bestrebt, die Probleme soweit aufzustoocken, dass letztlich ein Crash unausweichlich wird. Dann werden sie sich als Retter in der Not aufspielen und mit einer neuen Weltwährung die weiteren Handelsbilanzdefizite gewisser Staaten ad libitum finanzieren und für die kriegslüsternden Imperialisten weitere Kriege sponsern.

– Sehr zur Freude der Waffenindustrie und der eifrigen Einkäufer der realen Werte dieser Welt (Schürfrichte, Agrarland, Industrieanlagen, Infrastruktur-Bauten, Wasserversorgungs-Installationen usw.)

– Sehr zum Schaden von Otto Normalverbraucher, aber ganz...

– im Sinne von Herrn Rockefeller, der vor einigen Jahren erklärte:

«Was wir zurzeit brauchen, ist eine richtige Notlage, dann werden sich die Nationen freiwillig und freudig der «Neuen Weltordnung» unterordnen.»

Wenn man die jüngsten Warnungen des IWF wegen der rasant steigenden Verschuldung zahlreicher Länder – von Griechenland über Italien, Grossbritannien, USA und Japan ernst nimmt, könnte man vermuten, dass der Wunsch von Herrn Rockefeller auf dem besten Weg zur Realisierung sei.

An dieser Stelle ist ein längeres Zitat aus dem Buch von Ron Paul mit dem Titel «Befreit die Welt von der US-



Kranke Geldwirtschaft – kranke Welt.

Notenbank» angebracht. Er schreibt (Zitate):

*Das Fed und das Papiergeld haben im Kongress dazu geführt, dass die Abgeordneten meinen, endlos Geld ausgeben und vorschlagen und erreichen zu können, was sie wollen. Sie führen sich wirklich auf wie College Studenten in den Frühlingferien, die alles mit der Kreditkarte ihrer Eltern bezahlen. Sie machen sich über Geld keine Gedanken. Sie denken nicht darüber nach, wer die Rechnung bezahlt. Sie nehmen als gegeben hin, dass sie tun können, was sie wollen. Sie sind nicht einmal daran interessiert, einmal einen Blick in die Kassenbücher zu werfen. Aber sie würden an die Decke gehen, wenn sie mit ihrer Karte auf einmal nichts mehr kaufen könnten.*

(Erinnert diese Schilderung nicht sehr stark an das, was zurzeit in Frankreich passiert angesichts des Versuches der Rentenreform. Statt «Abgeordnete» sind nur «Gewerkschaftsführer» einzusetzen.)

*Doch jetzt ist unser Reichtum aufgezehrt, unsere Produktivität deutlich zurückgegangen. Unsere Freiheit ist untergraben, unser Imperium ist brüchig.*

Tatsächlich sind die Schulden vieler grosser Staaten im Versuch die Finanzkrise zu bewältigen, geradezu explodiert. In den USA übernahm der Staat allein 2008 8000 Milliarden Schulden, in Grossbritannien waren es 1730 Milliarden, in Deutschland 1890 Milliarden, in Frankreich 1330 Milliarden usw. usf. Zurzeit scheint es, dass die USA allein monatlich rund 1000 Milliarden neuer Schulden aufbaut, um auf Pump weiter den Hegemonial spielen zu können. Das Leben auf Pump ist offensichtlich in eine kritische Phase eingetreten und dürfte demnächst zu wenig erfreuliche Änderungen der Finanzwirtschaft zwingen.

**Mit billigen Krediten lässt sich kein Wohlstand erzeugen!**

– wohl aber werden Illusionen aufgebaut! Wenn das ginge, brauchte niemand mehr für seinen Lebens-

unterhalt zu arbeiten. Inflationierte Preise führen zu der Illusion, es seien echte Werte geschaffen worden und verleitet dazu, über seinen Möglichkeiten auf Pump zu leben. Solange sich alles aufwärts entwickelt, mag das angenehm sein; doch irgendwann muss die Rechnung bezahlt werden. Wie jeder Einzelne, so muss schliesslich das ganze Land den Gürtel enger schnallen, um das Gleichgewicht zwischen Wertschöpfung und Konsum wieder zu finden. Ein Vorgang, der nie angenehm ist!

Ron Paul betont auch, dass künstlich niedrige Zinssätze durch die Inflationierung der Geldmenge erreicht werden. Dabei werden die Bescheidenen bestraft und die Sparer betrogen. Sie fördern den Konsum und die Kreditaufnahme auf Kosten der seriösen Sparer und Investoren.

Die Zinsraten zu manipulieren, ist deshalb unmoralisch; man zerstört damit schliesslich eine gesunde Wirtschaft.

**Diese Aussage will gut überlegt sein; es ist ihr aber nichts beizufügen!**

**Die Inflation macht Defizite, unnötige Kriege und exzessive Wohlfahrtsausgaben möglich.**

– In unserem früheren Artikel «Das 20. Jahrhundert – Krimi der Weltgeschichte» haben wir auf die Zusammenhänge hingewiesen.

Wenn heute die Dollar-Währung de facto zusammengebrochen ist und die Eurozone als Währungsunion in Frage steht, hat dies mit den Ungleichgewichten zwischen Produktivität und Konsum in den einzelnen Volkswirtschaften zu tun. Gerade jetzt – während ich diese Zeilen schreibe – streiken grosse und wirtschaftlich wichtige Teile der französischen Werktätigen, weil man von ihnen verlangt, wieder etwas mehr zu arbeiten, resp. statt mit 60 Jahren – wie heute – erst mit 62 Jahren in Pension zu gehen! Andernfalls – so Präsident Sarkozy – werden die Renten innert weniger Jahre nicht mehr finanzierbar sein.

Aber das scheint die Streikführer nicht zu interessieren.

Aus einer Studie der UBS ist soeben bekannt geworden, dass nach Meinung ihrer Spezialisten der Euro in der jetzigen Zusammensetzung der Währungsunion nicht überleben werde. Erstaunlich ist nur, dass schon vor Schaffung der Eurozone bedeutende Wissenschaftler gewarnt haben, das Gebilde Eurozone sei nicht lebensfähig.

Tatsächlich haben sich insbesondere die südeuropäischen Länder vom

**Inflationierung des Geldes...***Fortsetzung von Seite 9*

Wohlstand der früheren Hartwährungsländer zum Parasitentum verleiten lassen, sodass sich jetzt der Wohlstand der ganzen Eurozone auf Talfahrt befindet.

**Frau Merkel versucht offenbar, mit weiteren Krediten** (die sie auf Pump finanziert) **zusammen mit der Europäischen Zentralbank die Wohlfahrtsillusion der Eurozone noch drei bis fünf Jahre am Leben zu erhalten.**

Dann wird sie voraussichtlich als Kanzlerin abgelöst sein und die Aufklärungsarbeiten dem(r) Nachfolger(in) gütigst überlassen! Der Zusammenbruch wird dann brutal werden!

**Inflation als Kriegsstütze!**

Wir haben schon darauf hingewiesen, dass immer wieder Kriege vom Zaun gerissen oder masslos verlängert wurden, da die Geldmenge (=

Schulden) über das fiatmoney enorm ausgeweitet werden konnte. Das gilt für alle Kriege der Neuzeit, die Weltkriege des letzten Jahrhunderts und die zahlreichen Kriege der US-Imperialisten seit 1950.

Kriege sind auch gigantische Wertevernichtungsmaschinen, die in ihren negativen Folgen nur noch durch das Leid und Elend der direkt betroffenen Bevölkerung übertroffen werden. Wenn die Kosten der Kriegführung nicht durch die Notenpresse (= Schaffung ungedeckten Geldes) beschönigt werden könnten, würde zweifellos die Aussenpolitik der kriegslüsternden Mächte zur Vernunft gezwungen.

**Nicht vergebens sind die USA, England und weitere Vasallen der USA so tief verschuldet, dass kein Licht am Ende des Verschuldungstunnels aufscheint.**

Seit der Geheimsitzung des US-Parlamentes vom 13. März 2008 ist be-

kannt, dass die offiziellen amerikanischen Stellen fest mit dem Untergang des heutigen Währungssystems rechnen. Sie planen eine neue Währung – den **Amero** – wobei in diesem System die USA die Militärmacht zu stellen habe, Kanada mit den Bodenschätzen beitragen und Mexiko die billigen Arbeitskräfte zu liefern haben wird.

Gregor Hochreiter spricht in seinem Buch «Krankes Geld – Kranke Welt» ein weiteres Thema an, mit dem wir diesen Aufsatz schliessen möchten. Er schreibt: (Zitat) *Das inflationäre Geld- und Kreditwesen hat in den letzten Jahrzehnten die Auflösung zwischenmenschlicher Beziehungen gefördert. Das eigene Konto bei der Bank verspricht den Jugendlichen eine grössere Unabhängigkeit von den Eltern. Banken und Versicherungen werben offensiv damit, sich doch mit einem Kredit unabhängig zu machen – vom Lebenspartner, von den*

*Eltern, von den Kindern. Tatsächlich hat der nach zwischenmenschlicher Unabhängigkeit Verlangende die von ihm relativ einfach zu beeinflussende zwischenmenschliche Abhängigkeit gegen eine schwer zu kontrollierende Abhängigkeit von anonymen Grossstrukturen eingetauscht. Die Rückkehr zu einem nicht inflationären Geld- und Kreditwesen kann deshalb nur gelingen, wenn der Fall aus der einseitigen Scheinsicherheit des Geldes im zu verstärkenden Netz des familiären, freundschaftlichen und örtlichen Zusammenhaltes aufgefangen wird, das Geborgenheit ausstrahlt. Im Vertrauen auf die Unterstützung durch den Nächsten fällt das Loslassen von – durchaus lieb gewordenen – Illusionen leichter.*

Insbesondere die Älteren in unserer Leserschaft mögen diese Aussage mit ihrem eigenen Erfahrungswissen aus der Krisenzeit konfrontieren und ihre Schlüsse ziehen.

**Kanton Aargau****Kriminalität: Es wird immer ungemütlicher!****SD Aargau fordern Bürgerwehren**

Die massiv zunehmende Kriminalität ist nach Meinung der SD Aargau für die Bevölkerung nicht mehr zumutbar. Nach Ansicht der SD Aargau ist ein grosser Teil der Aargauer Bevölkerung verunsichert und irritiert, denn Einbrüche, Diebstähle, Gewalt und andere strafbaren Handlungen haben ein erschreckendes Ausmass angenommen. Diese kriminellen Taten gehören praktisch zur Tagesordnung. Wenn sich Bürgerinnen und Bürger abends nicht mehr allein auf die Strasse wagen, dann ist die Zeit reif, dass gezielte sicherheitspolitische Massnahmen eingeleitet werden. Die SD Aargau bereiten jedenfalls sicherheitspolitische par-

lamentarische Vorstösse im Grossen Rat vor.

Die Gewaltbereitschaft und Brutalität hat zugenommen und diese Tendenz wird sich auch in Zukunft nicht ändern, wenn man einfach wegschaut. Die Bevölkerung hat Anspruch auf eine umfassende Sicherheit. Ein verstärkter Einsatz der Polizeiorgane ist deshalb unumgänglich. Es werden auch immer mehr Stimmen laut, die nach Bürgerwehren rufen. Die SD Aargau nehmen die Ängste der Bevölkerung ernst und fordern zudem in den unsicheren Gemeinden den Einsatz von Bürgerwehren!

*SD Aargau, René Kunz, Grossrat*

**Misstände im Asylwesen sind offensichtlich!****Härtefallgesuche machen Schule...**

Schon wieder ein Fall im Kanton Aargau, wo ein Asylbewerber in der Schweiz bleiben will. In unserem Asyl(un)wesen werden die anständigen Leute bestraft, – die Unverschämten sollen aber belohnt werden. Wenn ein Asylbewerber einen abschlägigen Bescheid erhält, gibt es nach Meinung der SD Aargau zwei Möglichkeiten: Entweder er verhält sich korrekt, sagt sich

«Pech» gehabt und verlässt unser Land oder er ist unverschämt und versucht auf allen möglichen, oft auch fragwürdigen Wegen, seine Wegweisung zu vereiteln. Er macht das natürlich nicht allein, sondern staatlich subventionierte Hilfswerke verhindern die Wegweisung mit immer neuen Beschwerden, Wiederaufnahmeverfahren, Rekursen usw. Wenn dann nach Jahren die

Ausschaffung endlich erfolgen soll, regen sich Stimmen (Unterschriftensammlungen usw.), dass der «arme» Mann, der sich in diesen 4 bis 5 Jahren «so gut» integriert hat, doch hier bleiben soll. Begründet wird dies damit, dass diese Person unbedingt hier sein Studium absolvieren soll. Dann – nach weiteren 4 bis 5 Jahren – könne er in seine Heimat zurückkehren, um dort sein Wissen seinen Landsleuten zur Verfügung zu stellen. Glaubt denn irgendein vernünftiger Mensch daran, dass ein solcher Asylbewerber nach 10 bis 12 Jahren Aufenthalt in der Schweiz wirklich unser Land wieder verlassen wird? Nein, sagen die SD Aargau! Nach Meinung der SD Aargau hat der

«Flüchtling» dann die Niederlassungsbewilligung ja schon in der Tasche – und er kann sich auch gleich noch einbürgern lassen.

Die SD Aargau hoffen, dass solche Leute – wie Emmanuel Gnagne und Olivier Cayo – genau so ausreisen müssen, wie diejenigen (anständigen) abgewiesenen Asylbewerber, die unser Land gesetzeskonform verlassen haben. Und sollte in diesen beiden Fällen unser Asylgesetz – wieder einmal – unterlaufen werden, wird dieses Beispiel mit Sicherheit Schule machen. Es wird nach Meinung der SD Aargau kaum ein Asylbewerber so «lieb» sein, unser Land freiwillig zu verlassen.

*SD Aargau, René Kunz, Grossrat*

**Kanton Bern****Verbot «rassistischer und sexistischer» Plakate?****Schweizer Demokraten (SD) sind empört über den kürzlichen Stadtratsentscheid und werden die Meinungsäusserungsfreiheit verteidigen**

Der Stadtrat von Bern hat heute einen skandalösen und gefährlichen Entscheid getroffen: Er stimmte mit 37 zu 30 Stimmen der aus der Multikulti-Ecke (GB/JA!) stammenden Motion «Keine sexistische und rassistische Werbung in der Stadt Bern» zu. Damit wird das übergeordnete Gundrecht der Meinungsäusserungsfreiheit beschnitten. Die linksgrüne Parlamentsmehrheit will ihre Ideologie des Antirassismus und Antisexismus selbst dem politischen Gegner (wie auch der Werbewirtschaft) aufzwingen. De facto sind dies Schein-

probleme. Das Problem sind hingegen die selbsternannten Antirassisten, die immer wieder mit «Abendspaziergängen» für massive Sachbeschädigungen sorgen. Ausgerechnet die einschlägig bekannten städtischen Stellen «Kompetenzzentrum Integration» und «Gleichstellungsbüro» sollen dann nach Auffassung des Gemeinderates als Schiedsrichter walten, wobei man sich ausmalen kann, was diese ideologisierten Stellen z.B. unter Rassismus verstehen werden. Die SD protestieren gegen diesen demokratiefeindlichen Entscheid

und werden das freie Wort verteidigen. Die SD werden beim Regierungsstatthalteramt Beschwerde gegen diesen Stadtratsentscheid einreichen, da dieser gegen das

verfassungsmässige Recht auf freie Meinungsäusserung verstösst.

*SD-Stadtsektion Bern  
Robert Meyer, Stadtrat, Präsident  
Adrian Pulver, Pressechef*

## Fragwürdige Laienrichterwahlen im Grossen Rat!

**Beschwerde der Schweizer Demokraten, Berner Oberland**

*Sehr geehrte Damen und Herren  
Regierungsräte,*  
Aufgrund der durchgeführten Justizreform wurden die Gerichte und Richter im Kanton Bern neu gewählt. Über das Wahlprozedere wurden weder involvierte noch aussenstehende Interessierte genügend informiert. Zuständige Beamte waren immer dann abwesend, wenn man Auskünfte wünschte(...). Die einzelnen Kreisgerichte hatten offenbar ein Mitspracherecht und konnten Kandidaten als tauglich oder als untauglich klassieren. Doch welche Kriterien wurden angewandt, wer als tauglich/untauglich abgestempelt? Wo war das einsehbar und transparent?  
Die bisherigen Kreisrichter und Kreisrichter-Suppleanten wurden als «Bisherige» zur Wiederwahl vorgelegt. Wurden diese in globo gewählt? War unser «Bisheriger», Kreisrichter-

Suppleant Walter Brunner, hier dabei? Wenn nicht, bedeutet dies eine klare Benachteiligung und Diskriminierung unserer Partei und unserer Parteileute(...). Zudem: 120 Laienrichterstellen wurden ausgeschrieben und zur Wahl aufgerufen; letztlich aber nur 119 gewählt wegen eines Ordnungsantrages. Ob es statthaft ist, im laufenden Verfahren die Regeln zu ändern, müsste auch untersucht werden!  
Die Schweizer Demokraten BeO, welche einen «bisherigen» Kandidaten und einen «neuen» Kandidaten (Jürg Hofmann, die Red.) stellten, verlangten vom Ratssekretariat des Grossen Rates schriftlich die Protokolle des gesamten Wahlablaufs zur Einsicht (Frist: Amtliche 10 Tage). Wir erhielten bis heute keine Antwort, geschweige denn die verlangten Dokumente! Was wird hier verschleiert?  
*Partei Vorstand SD-BeO*

## Abstimmungsparolen der SD-BS zur kantonalen Abstimmung vom 28. November 2010

**2 x Ja** zur kantonalen **Volksinitiative** zur Förderung des OeV, Fuss- und Veloverkehrs im Kanton BS (Städte-Initiative) und zum **Gegenvorschlag**

wanderung in den Kanton Basel-Stadt. Die obg. Initiative postuliert die **Förderung des öffentlichen Verkehrs** und verlangt **weniger Strassen und weniger motorisierten Individualverkehr** (der auch von weiteren Zuzüglern verursacht wird). Der Gegenvorschlag geht bei diesen Zielen weniger weit – will plafonieren –, ist aber auch unterstützungswürdig (näheres bitte dem kantonalen Abstimmungsbüchlein entnehmen).

Bei der **Stichfrage** (wenn Initiative und Gegenvorschlag angenommen werden), das Kreuz bitte zugunsten der **Initiative** machen.

Wir Schweizer Demokraten wollen keine weitere, massive Zu-

*Partei Vorstand SD-BS*

## **Kanton Baselland**

### Landratslisten von SD und Jung-SD!

Mit den Schweizer Demokraten und den Jungen-Schweizer Demokraten ist zu rechnen! Es steht fest, dass SD/JSD auch dieses Mal wieder mit eigenen Listen an den Landratswahlen teilnehmen. Momentan werden die Listen in 6 Wahlkreisen (Liestal, Pratteln, Muttens, Münchenstein, Reinach und Laufen) zusammengestellt. Und vielleicht kommen noch weitere Wahlkreise dazu. Das Wahlziel kann nicht heissen, den einen SD-Landrats-Sitz von John Stämpfli (Münchenstein) zu halten, sondern: **Stimmen gewinnen!**  
Da es nicht optimal ist, mit nur einem Mandat im Landrat vertreten zu sein, streben die SD/JSD mehr als einen Sitz an. John Stämpfli kam 2007 als politischer Nobody in den Landrat und heute kann er immerhin sagen, dass sein Name weiterhin bekannt ist. Er hat es richtigerweise gewagt, sich nicht einer andern Fraktion anzuschliessen, denn in diesem Falle wäre er politisch komplett aufgesogen worden. Wenn man das Stimmverhalten von John Stämpfli analysiert, stellt man fest, dass er bei gesellschaftspolitischen Themen eher konservativ gestimmt – und bei andern Themen soziale und ökologische Tupper gesetzt hat – so wie es auch im SD-Parteiprogramm steht! Parteipräsident Rudolf Keller wird nach seiner politischen Pause auch wieder kandidieren.  
Das Budget für diese Landratswahlen beträgt 50 000 Franken. Damit lässt sich ein «lebhafter» Wahlkampf gestalten.  
An den Regierungsratswahlen be-

teiligen sich die SD nicht mit einer eigenen Kandidatur. Über allfällige Wahlempfehlungen wird später entschieden.

### SD Baselland kandidieren für die Landratswahlen 2011

Seit bald drei Jahren amtiert der **Münchensteiner John Stämpfli als SD-Landrat**. Er braucht dringend Verstärkung. Wir müssen dafür sorgen, dass er in der neuen Legislaturperiode – zusammen mit weiteren neuen SD-Vertreterinnen und Vertretern – frischen Wind in den Landrat bringen kann. Unser Kanton hat eine starke SD-Abordnung im Parlament nötig! **Wie gut, dass im März 2011 kantonale Wahlen sind. Sind Sie auch dabei? Melden Sie sich und unterstützen Sie unsere Sache beherzt!**  
Unsere Kontaktpersonen:  
**John Stämpfli**, Gruthweg 22b, 4142 Münchenstein, Tel. 061 411 20 83, j-b.staempfli@bluewin.ch  
**Rudolf Keller**, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, Tel. 061 901 13 71, rudolf.keller@bluewin.ch

#### Ich melde mich als

- Wahlhelfer/in und/oder als**
- Kandidat/in**

Name: .....

Vorname: .....

Beruf/Jahrgang: .....

Adresse: .....

Ort: .....

Datum/Unterschrift: .....

## **Kanton Basel-Stadt**

### Klares Nein zum Ausländer-Stimm- und Wahlrecht!

**Freude herrscht – auch bei den Schweizer Demokraten...**

Schon im Vorfeld zu diesen beiden kantonalen Abstimmungsvorlagen (eine **Initiative** von ganz linker Seite, welche das aktive und passive Wahlrecht für Ausländer forderte und der **Gegenvorschlag** der links/grünen Regierungsmehrheit, der «nur» das aktive Wahlrecht forderte). Die bürgerlichen Parteien und Regierungsräte waren dagegen! In vorausgegangenen Diskussionen mit «Freund und Feind» stellte man klar fest, dass sowohl die Initiative (jetzt abgelehnt mit über 80% Nein), wie auch der Gegenvorschlag der Regierung (abgelehnt mit über 60% Nein) **keinen Hauch einer Chance hatten!** Am 26. September, dem Abstimmungssonntag, gab es in Basel-Stadt immerhin eine Stimmbeteiligung von 49.4 Prozent; höher als in den meisten anderen Kantonen. Daneben stimmte man ja auch noch über eine eidgenössische Vorlage zur Arbeitslosenversicherung ab. Auch die vier **rot-grünen Regierungsräte**, welche hinter dem Gegenvorschlag standen – wussten,

weshalb sie sich im «Abstimmungskampf» selbst aus der Schusslinie nahmen.  
**Wer gehört denn schon gerne zu den Verlierern?**  
Bei den Befürwortern der Initiative für das Ausländerstimm- und Wahlrecht exponierten sich meist auch nur schon eingebürgerte Ausländer! So etwas erklärt einiges! Offensichtlich gibt es kaum Ausländer, die sich wirklich für die kantonale Politik interessieren und sich ebenso wenig für das Ausländerstimm- und Wahlrecht aktiv einsetzen...  
**Deshalb gilt nach wie vor: Zuerst integrieren, dann einbürgern und zuletzt das Recht zum Wählen und Abstimmen! So soll es sein – auch in Zukunft!**  
Die grossangelegte Flugblattaktion gegen das Ausländer-Stimm- und Wahlrecht der Schweizer Demokraten hat Wirkung gezeigt.  
**Wir danken allen 2-mal-Nein-Stimmenden!**  
*Markus Borner,  
Kantonalpräsident*

*Markus Borner,  
Kantonalpräsident*

## Früherer SD-Landrat wird verurteilt!

**Normalerweise gilt bei einem Angeklagten immer die Unschuldsvermutung. Und das ist richtig so! Im nachfolgenden Fall ist aber vieles anders...**

Die auch hier beschriebenen Geschehnisse (alles stark gekürzt) sind ganz schlimm und doch sind sie eine Realität, mit der wir leben müssen! Der frühere SD-Landrat F.A. aus Muttenz (BL) vertrat unsere Partei von 1991–2003 im Baslerbieter Kantonsparlament (zusammen mit anderen SD-Parlamentariern). Beruflich war der heute 52-jährige SBB-Angestellter. Vor wenigen Tagen stand er in Liestal vor dem Strafgericht. Das Urteil folgt am 12. November. Die Medien berichteten täglich über den Fall. Jedesmal hiess es: «Der frühere SD-Landrat...» mal mit den richtigen Initialen seines Namens, mal frei erfundene! Aber immer hiess es «SD»! Hingegen konnte man nie lesen: «Der frühere SBB-Angestellte...». F.A. aus Muttenz ist halt, da er jahrelang ein öffentliches Amt bekleidet hatte, eine Person des öffentlichen Interesses! Und er gehörte einer unbequemen Oppositionspartei an...

### Man sieht in keinen Menschen hinein!

Im Baslerbieter Landrat (wie in anderen Parlamenten) sind Menschen tätig aus verschiedenen Parteien, aber auch aus unterschiedli-

chen sozialen Schichten und mit unterschiedlichen Ansichten. Das muss so sein! Zu meiner Zeit im Basler Grossen Rat (1997–2005) entpuppten sich auch mehrere «Ratskollegen» (und immer Männer!) anderer Parteien als kriminell. Aber nie wurden so gravierende Fälle entdeckt, wie bei F.A.!

Wer hätte sich in den 90er-Jahren vorstellen können (bei den SD und den Mitgliedern anderer Landratsfraktionen), dass F.A. ein solch kriminelles Privatleben führt?

**Vor Gericht werden ihm heute u.a. folgende Straftaten zur Last gelegt: Versuchter Mord, mehrfache sexuelle Handlungen an seiner Tochter, mehrfache sexuelle Nötigung, mehrfache Vergewaltigung.**

F.A. spielte nach aussen jahrelang den strengen Vater, der seine Tochter total unter Kontrolle hielt. Mit 18 Jahren ist ihm diese, dank der (wahren) Liebe zum späteren Ehemann, entglitten. Der damalige Freund realisierte zuerst auch noch nicht, was da im Geheimen abliefe... F.A. verlor sodann die Selbstbeherrschung und drehte völlig durch. Die Tochter zeigte ihn an. Was tat denn die Ehefrau von F.A. in all den Jahren? Dem Schreibenden kommen Erinnerungen hoch zum Fall «Fritz!» in Österreich. F.A. erhielt behördliches Zutrittsverbot zur Umgebung der Wohnung des jungen Paares. F.A. passte den Beiden trotzdem ab,



*Auch ein gerechtes Urteil trennt Opfer und Täter meist ein Leben lang...*

nachts um 22.00 Uhr, als diese nach Hause kamen. Und er schoss der Tochter beim Hauseingang in den Rücken als die Beiden flüchteten. F.A. trug dabei die Pistole und einen Spray auf sich. Beim Hauseingang verleimte er vorgängig die Türschlösser! Hatte er gute Absichten? Gewiss nicht!

Nach einem Suizidversuch (am Geburtstag seiner Tochter??) und seiner «filmreifen» Flucht aus dem Gefängniszimmer in der Psychiatrischen Klinik in Liestal versteckte sich F.A. über drei Jahre irgendwo(?). Vor Gericht habe er dann erklärt: «...in den Bergen!»

Im Mai 2008 wurde er in Laufenburg (AG) um 00.50 Uhr von einer Grenzschutzpatrouille angehalten und verhaftet. Dabei trug er einen falschen Ausweis, ein Klappmesser, einen Pfefferspray und eine Schreckschusspistole auf sich. Seither ist er in Untersuchungshaft und verhalte sich dort anstän-

dig, wie es heisst. In den Gerichtssaal (Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit) wurde er jeweils mit Hand- und Fussfesseln vorgeführt. **Er bestreitet die Vergewaltigung seiner Tochter.** In den früheren Tagen seiner Machtübung auf seine Tochter habe er u.a. jeweils gesagt: «**Das glaubt Dir niemand; als Landrat kann mir nichts passieren!**»

### F.A. zeigt sich offenbar als uneinsichtig und unbelehrbar

Es ist bedauerlich, ja viel mehr als das, dass F.A. im Prozess keine Reue zeigte und auch nicht alle Fakten auf den Tisch legte. Tochter und Schwiegersohn sind/waren – wie auch während der drei Fluchttore des Täters – nie sicher vor diesem.

**Meines Erachtens betrachtet F.A. seine Tochter als seinen Besitz – mit dem er machen kann, was er will!** Dies immer noch? F.A. muss hart bestraft werden und zum Schutz (für die Angehörigen, ja der Gesellschaft) lebenslanglich verwahrt werden. Ein ähnliches Urteil forderte auch die Staatsanwältin. Ein jeder Schweizer Demokrat den ich kenne, distanziert sich von F.A. Dieser Täter hat sich mit seinen abscheulichen Taten auch selbst von den Schweizer Demokraten losgesagt! Mit einem solchen Halunken wollen wir nichts (mehr) zu tun haben. Dieser steht meines Erachtens ausserhalb der gesellschaftlichen Normen.

*Markus Borner*

## Multikriminelle Parallelgesellschaft!

### Persönliche Erklärung von Werner Kessler im Gemeinderat Uster

*Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren*  
Seit über 20 Jahren kämpfe ich gegen die Überfremdung und seit fünf Jahren auch gegen die völlig aus dem Ruder gelaufene Personenfreizügigkeit.

Dilletantische, selbstherrliche und profilierungssüchtige Politikerinnen und Politiker aller Regierungsparteien, vor allem Bundesrätinnen und Bundesräte, die unfähig sind, im eigenen Land für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, unterwerfen sich fremden Regierungen und vertragen unser Land, unsere Eigenständigkeit und unsere Demokratie. Die ungebremste und unkontrollierte Zuwanderung, vorab aus südosteuropäischen Staaten und gar aussereuropäischen Ländern mit nicht integrierbaren Kulturen, führt immer mehr zu einer multikriminellen Parallelgesellschaft. Die Gefängnisse sind mit über 70%

Ausländern im Strafvollzug aus über 100 Nationen besetzt. Auch die Kriminalität bei ausländischen Jugendlichen oder jenen mit Migrationshintergrund ist erschreckend. Straftaten mit Körperverletzung, bandenmässigem Diebstahl, Drohungen usw., sind auf das unerträgliche Mass angestiegen. Diese betrachten unser Land als rechtsfreien Raum und Selbstbedienungsladen. Für Integrationsprogramme und Infrastruktur wurden dennoch bisher Abermillionen Franken aufgewendet!

Fazit: Ausser Spesen nichts gewesen: **Wenn der Wille fehlt, ist auch keine Integration möglich!**

Was diese Leute mit dem Schweizer Pass wollen, ist mehr Bestimmungsrecht zugunsten ihrer Sache und finanzielle Absicherung!

### Sicherheit nimmt ab

Wenn von «Oben» aus Bern keine

«Aktivitäten» kommen, wird von unten her aufgeräumt werden müssen. Was zurzeit in St. Margrethen (SG) mit einem Ausländeranteil von über 45%, plus 10% Eingebürgerte, abläuft, ist an gescheiterter Integrationspolitik kaum mehr zu überbieten. Genau vor diesem Sachverhalt haben wir Schweizer Demokraten vor über 20 Jahren schon gewarnt. Dass diese Auswüchse jetzt schon eingetroffen sind, ist ein Schock! Ein Bericht in der TV-Rundschau bestätigt, dass die Schweizer jetzt den Ort verlassen und die Ausländer die dortigen Wohnungen in Beschlag nehmen. Es ist bereits schon so weit, dass selbst einige gut integrierte Ausländer wegen nicht-integrierbaren Landsleuten St. Margrethen verlassen wollen. Die nächsten Gemeinden, die sich mit solchen Problemen werden befassen müssen, sind Schlieren und Dietikon

mit über 35% Ausländern. Dies alles ist auf dem Mist von Bundesbern gewachsen. Diese Politikerinnen und Politiker sind inkompetent und zu feige, zum Wohl unserer Zukunft und unserer Heimat die flankierenden und regulierenden Massnahmen umzusetzen.

Die Sicherheit und der Lebensstandard nehmen weiter ab, so weit, bis das Volk die Geschehnisse selbst wieder in die Hand nehmen wird. Um diesen düsteren Aussichten Einhalt zu gebieten, werde ich diese Einbürgerungen von Menschen aus uns fremden Kulturen ablehnen, da sie schon ihres Glaubens wegen weder integriert noch integrierbar sind. Zudem müssen die Anhänger des Islams und des Korans in die Schranken gewiesen werden, da dieser sogenannte «Glauben» unsere Rechtssprechung ablehnt und zur Gewalt und Christenverfolgung aufruft!



## OUI à l'initiative pour le renvoi



Ueli Brasser,  
conseiller municipal,  
président central des DS,  
Zürich

Cependant, lors d'une année de crise comme l'a été 2009, l'afflux massif vers le marché du travail suisse devient un problème. En 2009, malgré la crise, plus de 138 000 nouveaux étrangers ont immigré en Suisse. Si on y ajoute les 43 000 naturalisés et le nombre record de travailleurs frontaliers, ce chiffre est encore plus impressionnant.

Il est d'autant plus problématique que tous les étrangers n'entrent pas en Suisse empreints de bonnes intentions.

Nombreux sont ceux qui souhaitent profiter de notre généreux système social ou se tournent vers la criminalité. Notre système ne doit désormais plus l'accepter. Les immigrés sont tenus de respecter nos règles et nos lois.

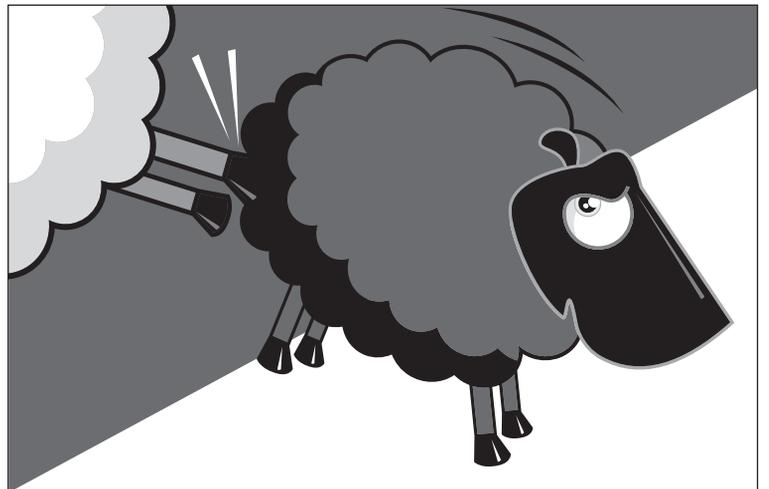
Les us et coutumes des étrangers diffèrent souvent fortement des nôtres et de nombreux immigrés refusent d'adopter nos normes de

comportement. Ceux qui désirent vivre et travailler en Suisse doivent s'adapter et ne pas violer la loi.

La gauche conteste systématiquement les chiffres à ce sujet. Le fait est notamment qu'en 2009, plus de 70% des auteurs d'infractions détenus dans nos prisons étaient - des étrangers. Plus de la moitié (51,2 %) des adultes condamnés étaient des étrangers. C'est ce que démontrent les chiffres de l'Office fédéral de la statistique. Si l'on observe plus spécifiquement les crimes graves tels les viols ou les homicides intentionnels, la proportion monte à 60 %. La situation est donc claire: les étrangers auteurs d'infractions doivent être renvoyés. Une telle mesure donnera un signal tout aussi clair aux autres immigrés.

On nous oppose régulièrement l'argument qu'il serait aujourd'hui déjà possible de prononcer des expulsions judiciaires. Reste alors à savoir pourquoi cela n'arrive pratiquement jamais. La réponse est simple: parce que l'application des lois diffère fortement d'un canton à l'autre. Certains font usage de leur pouvoir d'appréciation, d'autres y renoncent totalement.

De plus, les procédures de renvoi sont longues et il existe de nom-



Pour plus de sécurité.

breuses voies de recours. Pour obliger les cantons à exécuter les décisions fédérales en matière de renvoi, l'UDC exige une formulation ressortant directement de la Constitution fédérale.

Les opposants à l'initiative pour le renvoi lui reprochent sa prétendue incompatibilité avec le droit international, parce qu'il serait illicite de renvoyer des réfugiés et qu'une telle mesure affecterait les familles. En réalité, l'art. 8, al. 2, de la Convention européenne des droits de l'homme (CEDH) prévoit expressément que l'État peut s'ingérer dans

la structure familiale existante si la sécurité nationale, le bien-être économique du pays ainsi que le maintien de l'ordre sont menacés. Telle est justement la raison d'être de l'initiative pour le renvoi. Le renvoi de réfugiés fait d'ailleurs l'objet d'une réglementation similaire.

**Le 28 novembre 2010, afin d'améliorer la réputation des nombreux étrangers vivant dans notre pays qui sont prêts à s'intégrer, qui travaillent et qui font preuve d'un comportement correct, l'initiative pour le renvoi des étrangers criminels doit être acceptée.**

## MOBILISATION

### Pour un OUI sans compromis à l'initiative sur le renvoi!

Madame, Monsieur

Environ la **moitié des délinquants** sont **étrangers**. Profitant de l'ouverture des frontières, des bandes criminelles écument la Suisse; nombre de criminels abusent par ailleurs du droit d'asile pour mener leurs affaires. Il faut enfin mettre un terme à ces agissements. C'est pourquoi les Démocrates Suisses soutiennent l'initiative sur le renvoi, pour laquelle nous avons aussi récolté des signatures. Le peuple doit se prononcer sur l'initiative le 28 novembre et nous comptons mener une campagne active en faveur de son acceptation.

Nous avons grand besoin de votre soutien. Nous prévoyons d'imprimer suffisamment d'exemplaires de notre journal «Démocrate Suisse» pour atteindre plus de 500 000 foyers dans l'ensemble de la Suisse. Votre **don**, effectué au moyen du bulletin de versement ci-joint, alimentera exclusivement notre **fonds pour le renvoi des étrangers criminels**.

Vous pouvez faire un don et les DS décideront de la région de diffusion du journal; vous pouvez aussi distribuer vous-même des journaux dans votre quartier (voir talon de commande plus bas).

Avec nos meilleures salutations

Démocrates Suisses (DS)

Ueli Brasser, conseiller municipal,  
président des DS

Markus Borner, anc. député au  
Grand Conseil, vice-président des  
DS

Bernhard Hess, ancien conseiller  
national, Secrétaire des DS

### TALON DE COMMANDE

Je commande: \_\_\_\_\_ (exemplaires) édition spéciale «Oui à l'initiative sur le renvoi»

\_\_\_\_\_ (exemplaires) feuille de signatures «Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec des enfants»

Nom: \_\_\_\_\_ Prénom: \_\_\_\_\_

Rue/No \_\_\_\_\_ NPA/Lieu \_\_\_\_\_

A envoyer à: **Démocrates Suisses**, CP 8116, 3001 Berne, Fax: 031 974 20 11 / Tél: 031 974 20 10  
Email: [democrates-suisse@bluwin.ch](mailto:democrates-suisse@bluwin.ch)

## La fabrique de l'homo abstractus

Le 14 septembre, le Conseil des Etats a adopté une motion du National chargeant le gouvernement suisse de modifier la loi pour permettre aux jeunes immigrés clandestins de suivre un apprentissage au terme de leur scolarité obligatoire. Pour les partisans de la motion, il s'agissait de réparer une «injustice» (dixit Le Temps du 15. sept. 2010), à savoir le fait que les clandestins qui voulaient poursuivre leurs études le pouvaient dans le cadre du gymnase, alors que ceux qui voulaient faire un apprentissage se trouvaient privés de cette possibilité. L'adoption de la motion permet ainsi de lever «l'inégalité entre apprentis et étudiants».

Cet événement, loin d'être un simple fait divers, s'inscrit dans un large mouvement en Occident, qui consiste à supprimer progressivement toutes les différences de statut et de traitement entre les êtres humains: entre hommes et femmes (en remettant en cause les rôles traditionnels des sexes), entre hétérosexuels et homosexuels (en accordant le droit au mariage et à l'adoption d'enfants aux homosexuels), entre nationaux et étrangers (en octroyant le droit de vote aux étrangers en dehors du cadre de la naturalisation) et enfin entre immigrés légaux et immigrés clandestins (en assouplissant les dispositions du droit de séjour au profit des clandestins). A terme, le but est de fabriquer une créature abstraite: l'homo abstractus.

Ces idées sont généralement le fait de la gauche, mais pas uniquement. Ainsi, la motion adoptée le 14 septembre avait été déposée par Luc Barthassat, un élu démocrate-chrétien. Si la motion a certes été soutenue par la gauche, une partie de la droite n'a pas été en reste: le groupe démocrate-chrétien ainsi

que des parlementaires libéraux-radicaux l'ont aussi appuyée. S'agissant des questions liées à l'immigration, on constate depuis un certain nombre d'années des convergences de plus en plus marquées entre la gauche, la droite et les milieux chrétiens. Le clivage gauche-droite perd en pertinence; les notions de «gauche» et de «droite» deviennent de simples nuances d'une même pensée égalitariste.

L'extension des droits des clandestins, présentée comme la réparation d'une «injustice», est en réalité une entorse supplémentaire au droit suisse sur le séjour des étrangers. Les partisans de la motion du 14 septembre justifient cette entorse au nom du droit de chaque enfant à l'éducation et à la formation professionnelle en application de la Convention relative aux droits de l'enfant. Si cette convention poursuit à n'en pas douter un but louable, il faut pourtant constater que le droit international vient une nouvelle fois d'empiéter sur le droit national. De fait, nous avons le doigt dans un engrenage: l'idéologie égalitariste pousse à rapprocher toujours plus le statut des clandestins de celui des immigrés légaux et, à terme, des nationaux. Or plus nous accorderons de droits aux clandestins, moins il y aura en fin de compte de motifs valables de les expulser. L'amnistie et la régularisation seront les conséquences ultimes de ce mouvement. Ce que les sympathisants des clandestins appellent de l'humanité est donc en réalité la sape de notre souveraineté. Lorsqu'un Etat cesse de faire des différences entre ses citoyens et les ressortissants d'autres pays, il perd sa raison d'exister.

*Jan Mahmert est un auteur indépendant*

tention. On comprend pourquoi les dealers pullulent et le trafic de drogue se développe.

La conseillère d'Etat libérale, Isabel Rochat, avec l'Opération Figaro, n'a donné qu'un coup de plume et n'a rien résolu. Elle a seulement réussi à dissimuler une situation catastrophique.

L'insécurité est devenue maintenant telle que, dimanche après-midi, lorsque des familles se promènent avec des enfants au Parc des Eaux-Vives, elle se trouvent face à des dealers qui ont investi les lieux.

Le MCG dénonce l'incapacité du Gouvernement de droite qui n'assure pas la sécurité dans le canton. Nous intimons à la conseillère d'Etat libérale d'assumer ses fonctions sans délai ou de quitter

son poste. L'insécurité actuelle et le laxisme ne sont plus tolérables.

Il y a plus de six mois, le MCG dénonçait que les voitures de police n'étaient pas dotées de GPS pour assurer au mieux leurs tâches, et ils n'en ont toujours pas. Pire, nous estimons qu'ils n'ont pas les moyens pour l'accomplissement de leurs missions.

La police municipale, en particulier en ville de Genève, devrait aussi être beaucoup plus présente sur le terrain. Ce nouvel échec de la majorité rose-rouge-verte, au pouvoir en ville de Genève, est également dénoncé par le MCG, qui conteste la gestion municipale.

*Eric Stauffer et Carlos Medeiros*

### Deux poids deux mesures

## L'invasion des gens du voyage continue!

**Après les communes de Meyrin et Collex-Bossy qui ont hébergé pendant une semaine des gïtans. C'est maintenant Vernier! En tout c'est plus de 150 caravanes qui ce sont installées sur Genève!**

**Le Conseiller Administratif MCG, Thierry Cerutti, furieux de l'accord donné par le socialiste Apothéloz «il n'a consulté personne»!** Les gens du voyage s'installent à Vernier! En quelques jours de 7 caravanes, ce n'est pas moins de 40 que l'on peut en compter aujourd'hui à l'intersection des Chemins Mouille-Galland/Morglas, voitures et camping car de luxe (Mercedes, BMW)! Le tout sous le regard complaisant du Maire socialiste!

Une question demeure: Les «gens»

du voyage, de quoi vivent-ils? De leurs rentes de Roumanie, des intérêts de leurs comptes en banque? Ou de vols et autres cambriolages?

Le MCG condamne l'occupation illégale du domaine public et promulgue l'égalité: aucun traitement de faveur, pas d'exception et la sécurité doit primer avant tout!

Le MCG dépose plusieurs IUE (Interpellation Urgente Ecrite) afin d'établir si le nombre de vols et autres cambriolages ont augmentés dans la région ou son établi les «Gens» du voyage!

*Eric Stauffer, président du Mouvement Citoyens Genevois  
Thierry Cerutti, conseiller Administratif de la commune de Vernier et député*

### Grave échec du Conseil d'Etat de droite

## Genève: porte ouverte aux criminels!

**Les criminels et autres racailles se promènent en totale liberté, profitant du laxisme.**

**En plein jour le dimanche, les dealers continuent à narguer la population au Parc des Eaux-Vives.**

**La conseillère d'Etat libérale doit enfin assumer ses fonctions ou démissionner.**

Nous estimons qu'à Genève moins de 20% des malfrats et autres racailles sont arrêtés, que 95% des crimes et délits sont commis par des étrangers venus de l'étranger pour réaliser leurs méfaits. Face à cette pression, la police et le pouvoir judiciaire manquent de moyens, et nous disposons d'un nombre très insuffisant de places de dé-



*Collex-Bossy: Des hôtes, qui s'installent là, où on en profite...*

## Leserbriefe

## Lügenreich durch Wahrheit eingestürzt!

Es ist sehr begrüssenswert, dass diese Top-Secret Regierungsdokumente über die Hintergründe des schändlichen Irak-Krieges an die breite Öffentlichkeit gelangen.

Jetzt kommt endlich ans Licht, was kritische Stimmen schon vor Beginn des Krieges zum Ausdruck gebracht haben. Bush und Blair haben ihre eigene **Bevölkerung angelogen**, um sie für einen Krieg gegen den Irak zu gewinnen. Es wäre nun an der Zeit, dass die Hauptverantwortlichen dieses Krieges vor Gericht gebracht werden. Doch wer sind die Hauptverantwortlichen? Bush und Blair gehören sicherlich dazu, doch hinter und über diesen beiden stehen die noch Hauptverantwortlichen, welche ebenfalls vor Gericht müssen. Dazu gehören Rockefeller und Konsorten, die ja auch die Sprengung der WTC-Türme veranlasst haben. Den Auftrag ausgeführt haben dann bekanntlich die CIA und der Mossad, welche genauso vor den Richter gehören.

9/11 und die Bombardierung der angeblichen Al-Kaida-Schlupfwinkel in Afghanistan sowie der Irak-Krieg und die bereits geplanten weiteren Kriege haben einen direkten Zusammenhang miteinander. Wie jetzt offiziell bekannt geworden ist, wurde der Irak-Krieg aufgrund von Lügen geführt. Daraus ziehe ich die Schlussfolgerung, dass ebenfalls der Einfall in Afghanistan sowie 9/11 auf lauter Lügen begründet sind. Sowie

die WTC-Türme durch Sprengung zum Einsturz gebracht wurden, werden jetzt mit der Sprengkraft der Wahrheit die ganzen Lügenreich der offiziellen Darstellung zum Einsturz gebracht!

Im Zeitungsbericht ist auch die Rede von Blairs PR-Leuten, den sogenannten Spin-Doctors. «Spin» bedeutet Dreh oder Drall. Ein Spin-Doctor gibt einer Meldung einen Dreh in eine bestimmte Richtung, um die Öffentlichkeit darüber zu täuschen, welche verdeckte Absicht verfolgt wird. Somit ist klar, was die Aufgabe von PR-Leuten in den Regierungen wie auch in anderen Sparten (z.B. Pharma!) ist. Wie sieht das eigentlich bei uns in der Schweiz aus?

Leider nicht besser, denn im Bundeshaus treiben fast 700 Spin-Doctors unter dem Decknamen von Fachmitarbeitern für Kommunikationsarbeit ihr Unwesen. Diese haben nichts anderes zu tun als uns Bürger dahingehend zu manipulieren und zu beeinflussen, wie wir «richtig» abzustimmen haben. Das ist doch ein nicht länger zunehmender Zustand, da dies obendrein noch mit unseren Steuergeldern finanziert wird. Wir wollen doch nicht noch dafür bezahlen, dass wir manipuliert und gehirngewaschen werden! Als erstes wirksames Gegenmittel empfehle ich das Buch «Spin-Doctors im Bundeshaus» von Judith Barben, erschienen im Eikos-Verlag.

*Martin Bracher, Blauen*

## Wie weit sind wir mit der Meinungsfreiheit in der Schweiz?

Seine Meinung frei äussern zu können ist eigentlich ein Menschenrecht. Die Schweiz und die anderen westlichen Länder brüsten sich mit ihrem Einsatz für die Menschenrechte...

Doch wenn man in der Schweiz von gewissen Bevölkerungsgruppen Drohungen, Gewalt oder anderes befürchten muss, wenn man seine Meinung öffentlich äussert, stellt sich die Frage, wo ist dieser Einsatz nun? Nimmt der Staat das Problem nicht ernst oder ist es ihm egal wie es um die «Meinungsminderheiten» steht?! Lieber aber kritisiert unsere politische Elite ein Minarett-Verbot, Ausschaffungs- oder Verwahrungs-Initiative, da diese ihrer Meinung nach gegen die Menschenrechte verstossen...

Ist nicht der Staat in erster Linie ver-

pflichtet, seine Bürger und in zweiter Linie die Bewohner in seinen Landesgrenzen zu beschützen und ihnen ein Leben in Sicherheit und Wohlstand zu sichern? Was ich neulich am Bahnhof in Luzern erlebt habe, ist der Beweis dafür, dass unser Staat seine Aufgabe nicht (mehr) richtig wahrnimmt oder seiner Aufgabe nicht mehr gewachsen ist...

Darf man nicht mehr öffentlich zu seiner politischen Meinung stehen, ohne dass Lügen, Halbwahrheiten oder anderes über jemanden verbreitet werden?

Ich denke, ich habe ein Recht auf meine eigene Meinung, solange ich und meine Meinung nicht gegen die Schweizer Gesetze verstossen und ich diese befolge!

*Beda M. Engel, Kanti-Schüler  
Alpenquai, Meggen bei Luzern*

## Kampf dem Landverbrauch!

In der Herbst-Parlamentssession diskutierte der Ständerat den indirekten Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative. Doch wie die in Aussicht gestellten Vorschriften greifen könnten, da gehen die Meinungen auseinander. Einig war man sich jedoch über die Tatsache, dass der Boden in der Schweiz immer knapper wird und zur Besorgnis veranlasst. Zurückzuführen sei der Bodenverschleiss auf das starke Bevölkerungswachstum, sowie die höheren Ansprüche an den Wohnraum. Ich wage jedoch das Bevölkerungswachstum zu hinterfragen, nach Statistiken nimmt die Schweizerbevölkerung ab, **deshalb wäre der Ausdruck Zuwanderungswachstum wahrscheinlich angebrachter**. Seit Jahren sieht die Wirtschaft ihr Wachstum stark in der Bauwirtschaft. Dies mag zwar zutreffen, doch wie lange noch?

Ich erinnere mich gut an die 70er-Jahre, da mussten einige Unternehmen der Baubranche aufgeben, es lagen mehr Baukrane am Boden als aufgerichtet waren. Auch die Bauzulieferindustrie musste gewaltig redimensionieren und Entlassungen von langjährigen qualifizierten Mitarbeitenden wurden in den Medien verkündet. Erst Mitte der 80er-Jahre erholte sich die Bauwirtschaft, doch auf einmal rasant. So nahm das Gebäudeareal in den letzten 25 Jahren

in der Schweiz um über 15% zu. In den Jahren 2000–2005 wurden über 100 000 Wohngebäude erstellt. Die Zunahme der Industrie- und Gewerbefläche betrug über 24 % (BFS Arealstatistik), und dies vorwiegend auf der grünen Wiese. Wenn Wohn-Industrie- und Gewerbebauten entstehen, braucht es auch neue Infrastrukturen. So wurde das Schweizer Strassennetz in den letzten 32 Jahren um rund 60 000 km ausgebaut. Man stelle sich vor, ein Strassenstück von 60 000 km aneinander reicht 1,5-mal um die Erdkugel! Die Zeitschrift «Raum für Mensch und Natur» meint eindrücklich: «Geht die Überbauung ungebremst weiter, wird die besiedelbare Fläche der Schweiz nach Ablauf von 400 Jahren zugebaut sein.» Ich denke jedoch, wenn es so weiter geht, wird das Ende früher kommen, denn Überbauungen führen zu Bodenversiegelungen und das natürliche Abfließen von Wasser ist gestört! Dadurch werden einerseits Überschwemmungen zunehmen und andererseits die Grundwasserfassungen versiegen, was entsprechende Folgen nach sich zieht. Lassen wir es nicht soweit kommen, fahren wir mit der Bautätigkeit jetzt schon moderat zurück, somit wird die kommende Rezession in der Baubranche, eher verträglich sein!

*Marcel Stutz, Winterthur*

## Intoleranter Islam...

Spontan entschlossen wir uns am Samstag an der Kundgebung der CSI-Schweiz in Bern teilzunehmen. Thema war: **Religionsfreiheit und Gleichberechtigung für Christen in der islamischen Welt**. Der Anlass dazu war sehr professionell und gut organisiert. Wir bekamen Erlebnisse von direkt betroffenen Christen aus verschiedenen islamischen Ländern zu hören und staunten einmal mehr, dass unsere Medien diese himmeltraurigen Tatsachen so einfach unter den Teppich kehren. Christen werden verfolgt, entweder zwangsislamisiert oder gefoltert bis hin zum Tod. Ihre Häuser sowie Kirchen werden abgebrannt – und was sagt die Kirche, vor allem die katholische Kirche dazu? Sie schweigt, sie schweigt genauso wie die UNO, zu deren Aufgaben es gehört, sich um die Menschenrechte zu kümmern, und zwar auch um diejenigen der Christen. Die gleiche UNO, die immer sehr schnell zur Stelle ist wenn es um angebliche «Verfehlungen» der Schweiz geht, – bleibt hier stumm. Ist es aus Feigheit oder warum denn sonst? Das darf so nicht sein! Warum hört man auch keinen Ton von den Linken und Grünen zu diesem The-

ma? Auch sie schweigen schamvoll. Muslime in der Schweiz können sich frei entfalten, haben ihre Gebetshäuser oder Moscheen, dazu braucht auch keine Minarette, und sie nehmen die Errungenschaften der «Ungläubigen» wie z.B. Handy, Computer usw. gerne an. Es gibt angepasste Muslime hier, aber es gibt auch die vielen andern, die sich in unserem Land erlauben nur zu fordern, ja, die sich nicht scheuen zu verlangen, dass die Sharia in der Schweiz eingeführt werden soll. Wir leben hier im 21. und nicht im 6. Jahrhundert!

Wir wollen in unserem Land doch keine zutiefst mittelalterlichen Gesetze bei denen Frauen geschlagen und gesteinigt werden, Menschen die Hand abgehackt wird, Mädchen grauenvoll beschnitten und unsere armen Tiere barbarisch geschächtet werden.

Friede auf Dauer wird nur möglich sein, wenn auch Muslime nicht mehr schweigen und sich aktiv und mutig für Christen in ihren Heimatländern einsetzen, damit diese Menschen in Ruhe leben können. **Toleranz, Respekt und Fairness dürfen keine Einbahnstrasse sein!**

*Rita L. Gerritsen, Winikon*

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**

Bernhard Hess, e. Nationalrat,  
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/  
Landrat, Frenkendorf

Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden

Markus Borner, e. Grossrat, Basel

Friedrich Auf der Maur, Volketswil

## So stimmen Sie am 28. November richtig!

**Ja zur Ausschaffungsinitiative (kriminelle Ausländer!)**

**Nein zum Gegenvorschlag (da Gummiartikel!)**

**Stichfrage: Kreuz zugunsten der Initiative!**

**Ja zur Steuergerechtigkeits-Initiative (grossmehrheitlich)**

**Begründung: Ist es eidgenössisch, wenn reiche Schweizer (oder Ausländer) in steuergünstige Kantone umziehen? Können dies normale Abeitnehmer und Kleingewerbler auch tun? Wer sind hier die Dummen? Solidarität geht doch auch übers Portemonnaie! Bitte Taten und nicht nur Worte...**

**SD lancieren Abstimmungskampf:**

## Kompromissloses Ja zur Ausschaffung krimineller Ausländer!



**Stärken Sie die  
Schweizer Demokraten  
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**

**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse 3001 Bern

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Die Schweizer Demokraten (SD) haben den Abstimmungskampf «JA zur Ausschaffungsinitiative» lanciert. Viele Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich nicht mehr sicher im eigenen Land. Nicht nur ältere Menschen getrauen sich abends nicht mehr aus dem Haus: Viele Jugendliche werden im Alltag mit Pöbeleien und Schlägereien konfrontiert. Nahezu die Hälfte aller Verbrechen in der Schweiz wird von Ausländern verübt. Mit der Ausschaffungsinitiative werden Ausländer, die in unserem Land schwere Verbrechen begehen, endlich – nach Verbüssung ihrer Strafe – konsequent ausgewiesen und mit einer Einreiseperrre von mindestens fünf Jahren belegt.

Rund die Hälfte aller Straftäter sind Ausländer. Kriminelle Banden, die von den offenen Grenzen profitieren, gehen in der Schweiz auf Einbruchstour. Viele Kriminelle nutzen den «Asylweg» um in der Schweiz ihren Machenschaften nachzugehen. Daher überrascht es nicht, dass sich der Ausländeranteil bei den Verurteilungen in den letzten 25 Jahren um 65% erhöht

hat. Der Anteil ausländischer Beschuldigter bei vorsätzlichen Tötungsdelikten liegt bei 59%, bei Vergewaltigungen gar bei 62%! Betrachtet man den Ausländeranteil in den Gefängnissen, verdeutlicht sich diese Problematik noch stärker: 2009 waren 70,2% aller Inhaftierten ausländischer Herkunft. Unsere Luxusgefängnisse stellen schon lange keine Abschreckung mehr dar!

Auch der Anteil Ausländer bei Fällen von Sozialmissbrauch ist überdurchschnittlich hoch. Diese Situation ist eine Konsequenz der unkontrollierten Masseneinwanderung und der laschen Strafen in der Schweiz. Die Ausschaffungsinitiative nimmt das Bedürfnis der Schweizerinnen und Schweizer nach mehr Sicherheit und vor allem konsequentem Durchgreifen auf. **Mit der Ausschaffungsinitiative werden Ausländer, die in unserem Land schwere Verbrechen begehen, endlich konsequent ausgewiesen.** Das Bundesamt für Mi-

gration schätzt die Anzahl der Ausschaffungen von Ausländerinnen und Ausländern mit Niederlassungs- und Aufenthaltsbewilligung heute auf rund 400 pro Jahr. Bei einem JA zur Initiative kann mit rund 1500 Ausschaffungen pro Jahr gerechnet werden!

### Wir planen einen aktiven Abstimmungskampf!

Geplant ist insbesondere eine Grossauflage unserer Parteizeitung «Schweizer Demokrat», mit dem Ziel, 500 000 Haushalte in der deutschen Schweiz zu bedienen. Ihre **Spende** auf das Postkonto 80-2270-0, SD-Zentralkasse, 3001 Bern, fliesst somit ausschliesslich in unseren **Kampffonds zur konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer**. Sie können entweder eine Spende überweisen und die SD entscheiden über die Region der Verteilung der SD-Zeitung oder aber sie können eigenhändig Zeitungen in Ihrer Wohngegend vertragen. Für Ihre tatkräftige Unterstützung danken wir herzlich.

Schweizer Demokraten (SD)

Ueli Brasser, Gemeinderat  
SD-Zentralpräsident

Markus Borner, e. Grossrat  
SD-Zentral-Vizepräsident

Bernhard Hess, e. Nationalrat  
SD-Geschäftsführer

## BESTELLTALON

Ich bestelle: \_\_\_\_\_ (Exemplare) Sonderzeitungen «Ja zur Ausschaffungsinitiative»

\_\_\_\_\_ (Exemplare) Unterschriftenbogen «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Einsenden an:

**Schweizer Demokraten**  
Postfach 8116, 3001 Bern

Strasse/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefax: 031 974 20 11 / Telefon 031 974 20 10 / E-Post: schweizer-demokraten@bluewin.ch